

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Kulturrat . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener . Berufsverband Bildender Künstler . Cinti-Union Berlin . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld- Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN -Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv .*

*zusammengeschlossen zum Verein*

*und viele Einzelmitglieder*

## AKTIVES MUSEUM Faschismus und Widerstand in Berlin

### Mitgliederrundbrief Nr. 25

März 1994

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind umgezogen und bitten alle, unsere neue Anschrift (s.u.) zu beachten. Allen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden, die uns beim Umzug so tatkräftig geholfen haben, hier noch einmal unseren herzlichen Dank! Leider werden wir sobald kein Telefon oder FAX bekommen, die Auskünfte sind unterschiedlich, aber alle nicht ermutigend. Die Leitungen in der Chausseestr. seien die von 1928 und daher sei es hier besonders schwierig, so wird uns versichert. Wir haben uns für die Übergangszeit ein Mobiltelefon geleistet, da es bis zum nächsten Jahr dauern kann, bis wir wieder Telefon haben. Unsere Anrufer müssen sich für eine Zeitlang damit abfinden, daß es teuer ist, uns anzurufen, dazu gibt es immer mal wieder keine Verbindung. Auf jeden Fall empfiehlt sich eine Postkarte, wenn man mit uns für relativ wenig Geld Verbindung aufnehmen will.

In der Chausseestraße werden wir nun bleiben. Wir haben einen Fünfjahres-Mietvertrag (Staffelmiete). Zwischen 10.00 und 18.00 Uhr sind wir in der Regel in unserer neuen Geschäftsstelle zu finden. Diese Regel hat leider Ausnahmen, wenn wir zu einem anderen Termin müssen, sind wir nicht hier. Wenn wir nur kurz weg sind, hängen wir einen Zettel an die Tür.

Ein Wort noch zum Porto: Einige Freunde außerhalb Berlins, die unseren Rundbrief nicht mit der Infopost-Sendung, sondern als Büchersendung bekommen, haben uns über die Wohlfahrtsmarken befragt, die wir ab und zu verwenden. Diese tragen die Aufschrift: "100 + 50" und es wäre bei unseren Geldnöten allerdings dumm, so teure Marken zu verwenden. Wir bekommen sie aber zum Nennwert von DM 1,- um mit unserer Post für die Wohlfahrtsmarken zu werben.

---

Geschäfts- und Dokumentationsstelle:

Postanschrift: Chausseestr. 8, 10115 Berlin

Zugang z.Zt. Novalisstr. 11, Hofgebäude, 2. Stock, Zimmer 228

Mobiltelefon: 0171-8062324

Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00

## Inhaltsverzeichnis

Presse-Erklärung zu den Straßenumbenennungsplänen des Senators für Verkehr	S. 3
Bilder von der Vorstellung von Band 6 unserer Schriftenreihe: Martin Schönfeld: Gedenktafeln in West-Berlin	S. 4
Georg Armbrüster, unser neuer Mitarbeiter, stellt sich vor	S. 8
Neuere Entwicklungen und Überlegungen zu einer Gedenktafel am Gebäude Witzlebenstr. 4-5 für Opfer des Reichskriegsgerichts	S. 9
Provisorische Gedenktafeln am Ort des Frauengefängnisses Barnimstraße	S. 12
Dokumentiert: Presse-Berichterstattung über uns aus den letzten Wochen	S. 16
Kommende Termine der Filmreihe des Aktiven Museums und des Kinos Babylon	S. 20
Auszeichnung für Gerhard Schoenberner	S. 21
Stipendium des United States Holocaust Research Institute	S. 21
Christine Fischer-Defoy: Ausstellungs- und Dokumentationsprojekt zur Geschichte der aus Berlin Emigrierten nach 1945	S. 22
Dokumentiert: Abschlußbericht der Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen	S. 25
Vorankündigungen von Veranstaltungen und eine Bitte der Geschäftsstelle des Aktiven Museums	S. 34
Veranstaltungshinweise	S. 35

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Kulturrat . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener . Berufsverband Bildender Künstler . Cinti-Union Berlin . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld- Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN-Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv .*

*und viele Einzelmitglieder*

*zusammengeschlossen zum Verein*

**AKTIVES MUSEUM  
Faschismus und Widerstand in Berlin**

**PRESSE-ERKLÄRUNG**

Der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin protestiert gegen die Absicht des Verkehrssenators, verschiedene Berliner Straßen, vor allem im Bezirk Mitte, umzubenennen. Es sollte möglich sein, für Bernhard Weiß, Rudolf Hilferding, Matthias Erzberger oder Ludwig Bamberg in Berlin Straßen zu finden, ohne die Clara-Zetkin-, die Hans-Beimler- oder die Dimitroff-Straße umzubenennen. Es gibt z.B. in Charlottenburg, in Steglitz, in Zehlendorf und Spandau Straßen und Plätze, die nach Bismarck benannt sind. Könnte Otto von Bismarck nicht auf eine dieser Straßen zugunsten seines finanzpolitischen Beraters Ludwig Bamberg oder von Matthias Erzberger verzichten?

Keine der jetzt vorgeschlagenen Umbenennungen halten wir für sinnvoll. Es wird mit ihnen versucht, die 40 Jahre DDR-Geschichte im Ostteil der Stadt zu verleugnen. Wir hoffen, daß die SPD sich nicht auf diese Umbenennungs-Vorschläge einläßt. Daß so viele sozialdemokratische Politiker als neue Straßenpatrone vorgeschlagen werden, hängt wohl damit zusammen, daß so die Zustimmung der SPD gewonnen werden soll.

Wir verstehen nicht, daß der Senator eine Straße umbenennen will, die nach einem Opfer des Stalinismus heißt: Hans Beimler, der in Spanien wegen seines Widerstands gegen die stalinistischen Verfolgungen von Sowjetagenten erschossen wurde.

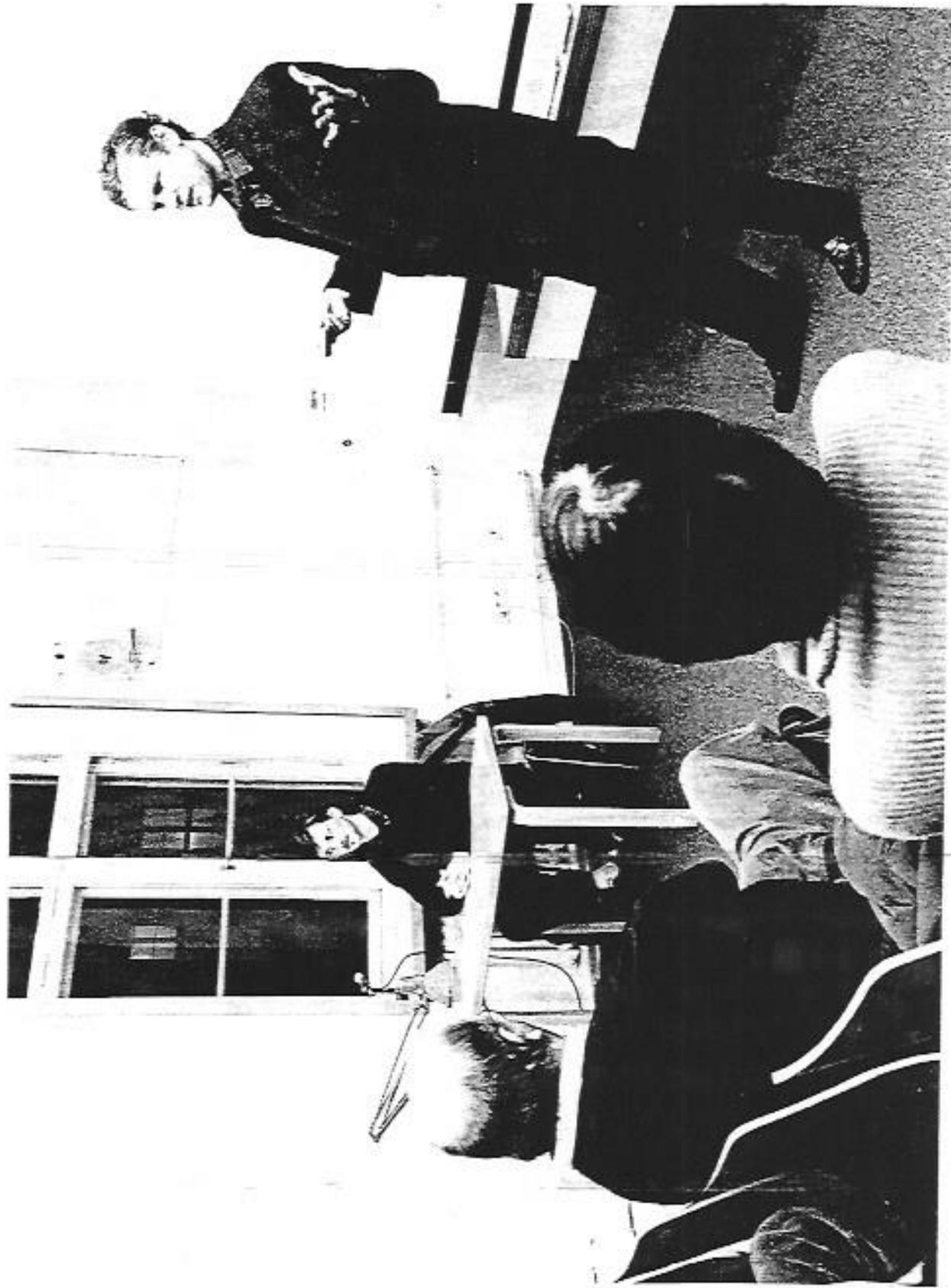
Es wundert uns nicht, daß wieder die Umbenennung der Niederkirchnerstraße gefordert wird. Zu Käthe Niederkirchner ist Anfang des vorigen Jahres alles Nötige und viel Unnötiges gesagt worden. Wir jedenfalls bleiben dabei, daß die Benennung nach einer Widerstandskämpferin, die im KZ Ravensbrück ermordet wurde, dem Berliner Abgeordnetenhaus als Adresse gut ansteht.

20. 1. 1994

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Alte Schönhauser Str. 9 - 10, 10119 Berlin

Telefon: 030/281 51 98 , FAX: 030/283 28 04 Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Buch-Vorstellung Martin Schönfeld, Gedenktafeln in West-Berlin. Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus.



Erste Vorstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand , Martin Schönfeld und Ekkhard Klaus

Foto: Jürgen Henschel



Erste Vorstellung: Die Vorsitzende aktiv

Foto: Jürgen Henschel



Zweite Vorstellung in der alten Geschäftsstelle. Martin Schönfeld, Christine Fischer-Deby, Christine Hoss

Foto: Jürgen Henschel



Zweite Vorstellung. Ch. Bamberger, Joachim Hoffmann, Martin Schönfeld, Christiane Hoss, Georg Ambrüster

Foto: Jürgen Henschel

## Georg Armbrüster stellt sich vor

Geboren wurde ich am 2. Juli 1965 in Vaihingen/Enz-Aurich, einer kleinen württembergischen Gemeinde. Dort verbrachte ich - gemeinsam mit meinen fünf Geschwistern - meine Kindheit. 1978 begannen sich meine Eltern im Hotelgewerbe eine berufliche Existenz aufzubauen. Diese Bemühungen waren in den folgenden Jahren durch einen mehrfachen Wechsel des Wohnorts geprägt, weshalb ich mich bereits 1982 entschloss, mich von meinem Elternhaus zu lösen.

Da ich ein Hochschulstudium beabsichtigte, kehrte ich 1983 nochmals in schulische Mühlen zurück und legte an einem Schwäbisch Haller Wirtschaftsgymnasium im Frühjahr 1986 meine Abiturprüfung ab. Etwa zur gleichen Zeit erhielt ich aus Berlin die Zusage für einen Friedensdienst im Rahmen der Aktion Sühnezeichen (AS/F). In der festen Überzeugung, meinen Freiwilligendienst nach einem Bürohalbjahr in Coventry fortzusetzen, gelangte ich im September nach Berlin. Daß mein weiterer Weg dann aber überhaupt nicht mehr so sehr nach Plan verlaufen sollte, verdanke ich der Verwirklichung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBSt) in Oswiecim/Auschwitz zu eben jener Zeit: Durch mein Engagement in der "heißen Phase" der Errichtung des Hauses wuchs ich zusehends in die Arbeit des Osteuropa-Referats hinein. Als mir kurz vor der Einweihung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (Dezember '86) schließlich ein Projektwechsel nach Polen vorgeschlagen wurde, fiel mir die Entscheidung nicht mehr schwer.

Die Stadt Oswiecim, die Begegnungsstätte und die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau wurden in all ihren "realsozialistischen Widersprüchlichkeiten" für anderthalb Jahre mein Zuhause. Mit Vergnügen denke ich an die Abende bei polnischen Freunden zurück, an die Offenheit bei unseren politischen Gesprächen und die Leichtigkeit, mit der den Alltagsproblemen begegnet wurde. Die Internationale Jugend-Begegnungsstätte - räumlich angesiedelt zwischen der Altstadt und der KZ-Gedenkstätte - hat eine hervorragende Grundlage für das gemeinsame Lernen an diesem Ort geschaffen, ist der nötige Ruhepunkt für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ Auschwitz-Birkenau-Monowitz und die Überwindung der Sprachlosigkeit angesichts des Grauens, das besonders die Wahrnehmung junger Menschen bestimmt. Bei den Jugendbildungsseminaren, die ich in Zukunft als Mitarbeiter des Aktiven Museums organisieren werde, hoffe ich, an diese Erfahrungen aus meiner Arbeit mit deutschen Gruppen, anknüpfen zu können.

Eine Entwicklung ganz anderer Art nahm seinen Anfang über meine Teilnahme an einer von Aktion Sühnezeichen organisierten Studienreise nach Litauen und Belorussland im April '87. In Vilnius lernte ich in der durch Gorbatschows neuen Kurs geprägten Aufbruchstimmung, die besonders die Kontakte zu Einheimischen erleichterte, meine zukünftige Frau kennen. Zwei Jahre später haben wir in Vilnius geheiratet. Eine Reise in den Heimatort meiner Frau blieb mir lange Zeit versagt: Silute oder wie die deutschsprachigen Memelländer heute noch sagen "Heydekrug" gehörte zum militärischen Sperrgebiet um Kaliningrad. So blieb mir anfänglich nur Hermann Sudermanns Autobiographie, um mich mit dieser Region an der Ostsee vertraut zu machen. Die idyllische Welt Sudermanns hat sich dort bis heute in vielerlei Hinsicht bewahrt. Dank der familiären Bande gilt mein Interesse besonders der litauischen Sprache und Geschichte.

Aus Oswiecim war ich Ende '88 nach Berlin zurückgekehrt um mich "rechtzeitig" für das Hochschulstreiksemester an der FU für Slavistik einzuschreiben (Nebenfächer Osteuropäische Geschichte und Politologie). Die Magisterprüfung strebe ich für Ende dieses Jahres an, wobei meine Abschlußarbeit dem belorussischen Schriftsteller Wassil Bykau gilt, den ich über Sühnezeichen kennen- und schätzen gelernt habe. Inhaltliche und berufliche Ergänzung fand mein Studium nämlich ab März 1989 durch eine hauptamtliche Tätigkeit im AS/F-Osteuropa-Referat. Die Notwendigkeit zu dieser nicht immer ganz einfachen Konstellation aus beruflichen und universitären Verpflichtungen bestand spätestens seit der Geburt unserer Tochter Ramune im September 1989. Im April 1992 kam unser Sohn Amandas zur Welt.

Seit dem 15. Januar 1994 arbeite ich nun halbtags beim Aktiven Museum. Neben der Einarbeitung in die vielen verschiedenen Arbeitsgebiete dort und der langfristigen Vorbereitung der Seminare für 1995 wird in den kommenden Monaten die Dokumentationsstelle des Aktiven Museums Schwerpunkt meiner Arbeit sein.



Foto: Jürgen Henschel

Unser neuer Mitarbeiter, Georg Armbrüster, als Delegierter der Aktion Sühnezeichen auf einem historischen Foto des Aktiven Museums: Kranzniederlegung am 1. 9. 1986 auf den Überresten der Zellen auf dem Gestapogelände. Georg ist der längere der beiden Kranzträger im Mittelgrund.

Die sehr lange Geschichte der Bemühungen, am Gebäude des Kammergerichts der Opfer des Reichskriegsgerichts zu gedenken, das von 1936 - 1943 hier seinen Sitz hatte, nahm Anfang 1994 eine unerwartete Wendung. Im vorigen Jahr war von der Franz-Jägerstätter-Initiative die Anbringung einer Gedenktafel für Franz Jägerstätter vorgeschlagen worden. Der einfache österreichische Bauer Franz Jägerstätter hatte aus Glaubensgründen (gegen den Rat seines Bischofs) den Kriegsdienst im zweiten Weltkrieg verweigert und war deshalb zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Zunächst ging alles, wie gewohnt: Der Präsident des Bundesvermögensamts als Hauseigentümer verweigerte die Anbringung einer Gedenktafel, weil Jägerstätter "keine Bedeutung für die Allgemeinheit" habe. Darauf erhob sich ein Sturm der Empörung, weniger in Berlin, als in Österreich und in den katholischen Gegenden Deutschlands. Denn Jägerstätter wird schon heute als Märtyrer verehrt, die Heiligsprechung in Rom wird sicher folgen. In Österreich ist er Symbolfigur (z.B. auf Briefmarken abgebildet) für österreichische Verweigerung gegenüber dem NS-Staat. Solche Verweigerung war in Österreich und bei kirchentreuen Katholiken nicht so häufig, wie man heute wünschen möchte. Umso mehr wird Franz Jägerstätter, den auch die Todesstrafe nicht von seiner Überzeugung abbrachte, Hitlers Krieg sei Unrecht, verehrt.

Der Präsident des Bundesvermögensamts lenkte ein und gestattete nun die Anbringung einer Gedenktafel für Franz Jägerstätter. Wir freuen uns über diese Entscheidung. Das Aktive Museum hält es allerdings für wichtig, daß über Franz Jägerstätter nicht die anderen Opfer des Reichskriegsgerichts ganz in Vergessenheit geraten. Wir veröffentlichen daher hier zwei Briefe, die sich mit diesem Thema befassen.

**Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin**

Alte Schönhauser Str. 9-10, 10119 Berlin, Tel 030/281 51 98, Fax 030/283 28 04  
**ab 18.02.1994: Chausseestraße 8, 10115 Berlin**

**Gandhi-Informations-Zentrum**

**Herrn Lothar Eberhard**

**Herrn Christian Bartolf**

**Frau Dominique Blondeau**

Lübecker Straße 44

Postfach 210109

10501 Berlin

**Gedenktafel am ehemaligen Reichskriegsgericht für Franz Jägerstätter  
 und andere Kriegsdienstverweigerer und Deserteure während des  
 Zweiten Weltkrieges**

Sehr geehrte Frau Blondeau, sehr geehrte Herren Eberhard und Bartolf,

vielen Dank für die Einladung zu Ihrer Veranstaltung am Freitag, den 28. Januar 94.  
 Wir bedauern, daß wir nicht teilnehmen konnten, fühlen uns aber Ihrem Anliegen  
 sehr verbunden, sich für ein Gedenken für alle religiös motivierten  
 Kriegsdienstverweigerern einzusetzen. Wir möchten jedoch zu bedenken geben,  
 daß es viele Kriegsdienstverweigerer und Deserteure gab, die aus politischer  
 Überzeugung diesen Schritt wagten. Zu erinnern sei an die gepreßten Soldaten  
 der berüchtigten Bewährungseinheit 999, die in der bewußten Flucht, ihre einzige  
 Möglichkeit des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sahen.  
 Ihrem Engagement für eine Gedenktafel für Franz Jägerstätter stehen wir  
 grundsätzlich positiv gegenüber, unser Einsatz für Gedenktafeln ist Ihnen sicher  
 bekannt. Hier möchten wir jedoch anregen, ob eine Gedenktafel am  
 Reichskriegsgericht mit den bekannten Namen aller dort verurteilten  
 Kriegsdienstverweigerern aus religiösen Motiven nicht eher zum Nachdenken und  
 Gedenken anregen würde. Dabei hatten übrigens neben Katholiken und  
 Protestanten den größten Anteil an Opfern zweifellos die Zeugen Jehovas zu  
 beklagen. Eine solche Tafel mit den Namen aller bisher bekannten Opfer hätte  
 unseres Erachtens auch größere Chancen auf Realisierung.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns über den Fortgang Ihrer Bemühungen  
 weiterhin auf dem Laufenden halten und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Heinrich-Wilhelm Wörmann

Bundesvermögensamt Berlin I  
 Der Präsident  
 Postfach 12 80 23

10598 Berlin

Berlin, den 25. Februar 1994

Betr.: Gedenktafel am Gebäude Witzlebenstraße 4-5 (ehemaliges Reichskriegsgericht) in  
 Berlin-Charlottenburg

Sehr geehrter Herr Präsident,

durch neuere Presseveröffentlichungen und Journalisten, die Ihrerseits mit Nachfragen an mich herangetreten sind, erfuhr ich von Ihrer positiven Entscheidung für die Anbringung einer Gedenktafel für den österreichischen Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter am Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgerichts in Berlin-Charlottenburg. Gestatten Sie, daß ich mich als Wissenschaftler, der sich seit Jahren mit der Thematik der Wehrmachtjustiz und ihrer Opfer beschäftigt, in dieser Sache heute an Sie wende.

In den vergangenen Jahren wurde wiederholt im Bezirksparlament von Charlottenburg darüber debattiert, ob und wie der Opfer der Judikatur des Reichskriegsgerichts zu gedenken sei. Bedauerlicherweise wurde die Entscheidungsfindung durch die weitverbreitete Unkenntnis über die Verbrechen des Reichskriegsgerichts beeinträchtigt. Seit der Öffnung osteuropäischer Archive im Jahre 1990 hat sich diese Situation grundlegend geändert.

Anlaß meines Briefes ist es, darauf aufmerksam zu machen, daß neben Franz Jägerstätter eine große Zahl anderer bekannter und weniger bekannter deutscher und österreichischer Kriegsdienstverweigerer, Widerstandskämpfer, Frauen und Männer aus ganz Europa zu den Opfern des Reichskriegsgerichts zu zählen sind, derer an diesem Ort gedacht werden mußte. Die bisherige Lösung einer einfachen Hinweistafel vor dem Eingang in der Witzlebenstraße wird der Bedeutung dieser Institution und ihrer Opfer in keinem Falle gerecht. Anders als vor 1990 sind ihre Namen heute bekannt, bzw. in den Archiven ermittelbar.

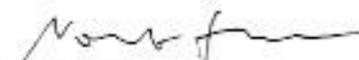
Durch Ihre positive Entscheidung für eine Jägerstätter-Gedenktafel böte sich die Möglichkeit, über diese Problematik in einem größeren Umfange öffentlich nachzudenken. Eine ausschließlich auf eine Person bezogene Tafel würde jedoch voraussichtlich von der interessierten Öffentlichkeit mit Unverständnis aufgenommen und historisch ein falsches Bild vermitteln. Sie würde wahrscheinlich auch wegen der großen Zahl der namhaften Opfer zu einem „Gedenktafelpartikularismus“ führen.

Es wäre aus meiner Sicht wünschenswert, diese Frage der Ausgestaltung eines Gedenkens am historischen Ort des Reichskriegsgerichts mit den Institutionen in dieser Stadt öffentlich zu diskutieren, die diesbezüglich über umfangreiche Erfahrungen verfügen:

- Stiftung Topographie des Terrors
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- Aktives Museum Faschismus und Widerstand

In der Anlage sende ich Ihnen den Begleitband zur Ausstellung "Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft", die ich als Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erarbeitet habe und die Ihnen einen Einblick in die umfangreiche Verfolgungstätigkeit des Reichskriegsgerichts und die große Zahl seiner Opfer vermittelt. Für eventuelle Rücksprachen stehe ich Ihnen gerne - auch über die Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin, Tel: 2654-2223) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

  
 Norbert Haase

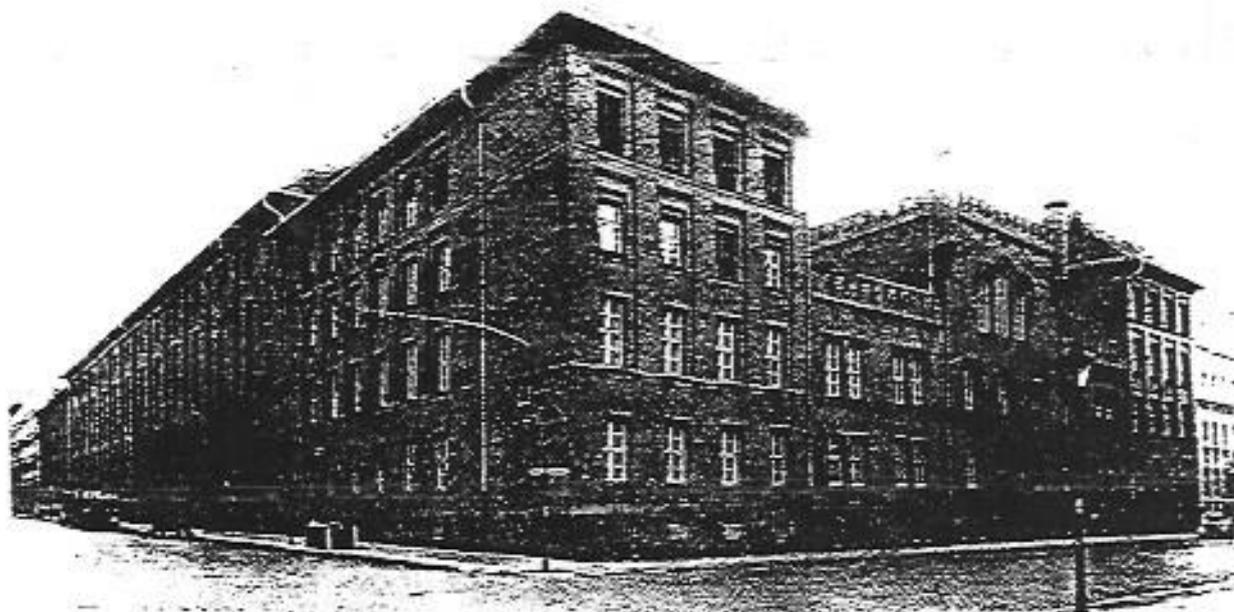
Im Frauengefängnis Barnimstraße waren zwischen 1933 und 1945 viele Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus in Haft. Für mehr als dreihundert Frauen war hier die letzte Station vor ihrer Hinrichtung in Plötzensee. Sie wurden ermordet, weil sie Flugblätter verteilt.

Verfolgten geholfen, ausländische Sender gehört, Zweifel am "Endsieg" geäußert oder geringfügige Straftaten begangen hatten, für die sie die NS-Justiz als "Volksschädlinge" zum Tode verurteilte.

Das Gebäude wurde nach 1945 weiter als Frauengefängnis genutzt und 1974 abgerissen.

8. März 1994

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.





8. März 1994, Barnimstraße



Fotos: Georg Armbrüster





## Straßennamen: „DDR-Geschichte nicht vergessen“

Mitte - „Die Umbenennung von Straßen kann 40 Jahre DDR-Geschichte nicht vergessen lassen, sonst müsste man auch alle Plattenbauten abreißen“, so Christiane Hoss vom „Aktiven Museum Faschismus und Widerstand“.

Der Verein will durch seine Arbeit an die deutsche Geschichte erinnern. Hoss: „Die Zeit des Nationalsozialismus und 40 Jahre DDR dürfen dabei nicht ausgeklammert werden.“

Das Aktive Museum protestiert dagegen, Straßen, die an DDR-Geschichte erinnern, umzubenen. „Ich verstehe nicht, daß die Hans-Beimler-Straße ihren Namen verlieren soll. Hans Beimler war Opfer des Stalinismus, wurde in Spanien von Sowjetagenten erschossen“, so Hoss.

Das Abgeordnetenhaus befindet sich an der Niederkirchnerstraße. Dazu Hoss: „Die Straße muß ihren Namen behalten. Käthe Niederkirchner war Widerstandskämpferin, die im KZ Ravensbrück ermordet wurde.“ Nach Aussage der Historikerin würde dem Abgeordnetenhaus dieser Name „gut stehen“.

Kritik an der unabhängigen Kommission des Verkehrsensors, die sich mit der Umbenennung von Straßen befaßt, haben Grüne und PDS im Abgeordnetenhaus geübt. „Wenn Straßen umbenannt werden, soll das der Bezirk entscheiden“, so Albert Eckert von den Grünen. Als „Eingriff in die Autonomie der Bezirke“ bezeichnet die PDS die Arbeit der Kommission.

Bis zur Wende beschäftigte sich das Museum besonders mit der Zeit des Nationalsozialismus. In einem Buch von Martin Schönfeld hat der Verein alle 251 Berliner Gedenktafeln, die an die Verfolgten dieser Zeit erinnern, zusammengefaßt. Christiane Hoss: „Mit biographischen Daten werden die kurzen Inschriften der Gedenktafeln ergänzt.“

Die Geschäftsstelle des Vereins ist bis zum 17. Februar noch in der Alten Schönhauser Straße 9-10. Die neue Adresse: Chausseestraße 8. *Andreas Rau*

Berliner Morgenpost  
21. 1. 1994

## Niederkirchner und Beimler - gute Adressen

Der Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ protestiert gegen die Absicht des Verkehrsensors, verschiedene Berliner Straßen, vor allem im Bezirk Mitte, umzubenen:

Es sollte möglich sein, für Bernhard Weiß, Rudolf Hilferding, Matthias Erzberger oder Ludwig Bamberger in Berlin Straßen zu finden, ohne die Clara-Zetkin-, die Hans-Beimler- oder die Dimitroff-Straße umzubenen. Es gibt z.B. in Charlottenburg, in Steglitz, in Zehlendorf und Spandau Straßen und Plätze, die nach Bismarck benannt sind. Hier wäre eine Umbenennung eher angebracht! Es sollen doch, wie wir wissen, möglichst keine Straßennamen in Berlin doppelt vorkommen, damit die Rettungsdienste, Feuerwehr etc. es einfacher haben. Auch die zahlreichen Berliner Straßen (Pankow, Reinickendorf, Wilmersdorf, Zehlendorf) dürften Berlin-Fremde schon oft irritiert haben.

Keine der jetzt vorgeschlagenen Umbenennungen halten wir für sinnvoll. Es wird mit ihnen versucht, die 40 Jahre DDR-Geschichte im Ostteil der Stadt zu verleugnen. Wir hoffen, daß die SPD sich nicht auf diese Umbenennungsvorschläge einläßt. Daß so viele sozialdemokratische Politiker als neue Straßenpatrone vorgeschlagen werden, hängt wohl damit zusammen, daß so die Zustimmung der SPD gewonnen werden soll.

Vollkommen unverständlich ist uns, daß ein Opfer des Stalinismus, nämlich Hans Beimler, der in Spanien wegen seines Widerstands gegen die stalinistischen Verfolgungen von nicht linientreuen Spanienkämpfern von Sowjetagenten erschossen wurde, ebenfalls auf der Umbenennungsliste steht.

Es wundert uns nicht, daß die Umbenennung der Niederkirchnerstraße wieder gefordert wird. Zu Käthe Niederkirchner ist am Anfang des vorigen Jahres alles Nötige und vieles Unnötige gesagt worden. Wir jedenfalls bleiben dabei, daß die Benennung nach einer Widerstandskämpferin, die im KZ Ravensbrück ermordet wurde, dem Berliner Abgeordnetenhaus als Adresse gut ansteht.

Neues Deutschland  
21. 1. 1994

## Einmal Bismarck weniger?

Neue Straßennamen stoßen auf Ablehnung / Kommission tagt noch

Auf Ablehnung sind die meisten Vorschläge zu Straßenumbenennungen im Ostteil gestoßen. „Dreister Versuch der Entmündigung der Bezirke und der Entsorgung von Geschichte“ steht über einer Erklärung des kulturpolitischen Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV, Albert Eckert. Die Fraktion lehne sowohl die Vorstellungen der Kommission des Verkehrsensors wie deren Vorgehen ab, die Vorschläge ohne Absprache mit dem Koalitionspartner in die Öffentlichkeit zu geben. Eckert: „Clara Zetkin, die Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht in Deutschland, soll der Kurfürstin von Brandenburg weichen, und der Kommunist und KZ-Häftling Hans Beimler, der später in Spanien als Stalinkritiker von den eigenen Leuten erschossen wurde, soll in der Geschichtsversenkung verschwinden.“

Während historische Persönlichkeiten des linken Spektrums aus dem Stadtbild getilgt werden sollen, bleibe das Fliegerviertel in Tempelhof unangetastet. „Wer Geschichte auf solichem Weg bereinigt, leistet rechten Gesinnungen Vorschub“, schreibt Eckert. Auch die Namen Luxemburg und Liebknecht müßten bleiben, da deren Ideen und Wirken zu den demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte gehören. Ähnlich sieht das die SPD.

Das Aktive Museum Faschismus und Widerstand hält keine der Vorschläge für sinnvoll, vielmehr werde versucht, die 40 Jahre DDR-Geschichte im Ostteil

zu verleugnen“. Für die Politiker Weiß, Hilferding, Erzberger oder Bamberger sollten andere Straßen gefunden werden. „Könnte Otto von Bismarck nicht auf eine der nach ihm benannten Straßen zugunsten seines finanzpolitischen Beraters Ludwig Bamberger oder von Matthias Erzberger verzichten? Berlin hat zehn Bismarckstraßen und -plätze.“

In einem offenen Brief an die Kommission fragen die Initiatoren zur Umbenennung der am Olympiastadion gelegenen „Reichssportfeldstraße“ - sie sollte nach dem in Theresienstadt ermordeten Turner und Olympiateilnehmer „Alfred-Flattow-Allee“ genannt werden - „warum nicht ein Teil Ihrer Energie für die Beseitigung der braunen Flecken im Westteil unserer Stadt verwandt wird?“

Die Umbenennungen, über die wir vorgestern berichteten, seien noch nicht offiziell, sagt Alexander Kaczmarek, Geschäftsführer der unabhängigen Kommission beim Verkehrsensor. Mitglieder sind Arnulf Baring (FU), Bezirksbürgermeisterin a.D. Ella Borowski, die Städtälteste Ursula Besser, Laurenz Demps und Heinrich Winkler (Humboldt-Uni), Wolfgang Matz (Bischöfliches Ordinariat) und Prof. Stölzl. In etwa vier Wochen sei deren Arbeit beendet. Sollten die Bezirke jedoch - wie in Mitte zu erwarten - die meisten Empfehlungen ablehnen, könne der Verkehrsensor nach dem Hauptstadtvvertrag die Sache an sich ziehen, wie es zuletzt bei der Wilhelmstraße geschah.

Tagesspiegel  
22. 1. 1994

# Über Vicki Baum und andere

Aktives Museum dokumentiert nun auch Gedenktafeln in West-Berlin

## Wird mit den Namen Geschichte getilgt?

Wir protestieren gegen die Absicht des Verkehrsministers, verschiedene Berliner Straßen, vor allem im Bezirk Mitte, umzubenennen. Es sollte möglich sein, für Bernhard Weiß, Rudolf Hilferding, Matthias Erzberger und Ludwig Bamberg in Berlin Straßen zu finden, ohne die Clara-Zetkin-, die Hans-Beimler- oder die Dimitroffstraße umzubenennen. Es gibt z. B. in Charlottenburg, in Steglitz, in Zehlendorf und Spandau Straßen und Plätze, die nach Bismarck benannt sind. Könnte Otto von Bismarck nicht auf eine dieser Straßen zugunsten seines finanzpolitischen Beraters Ludwig Bamberg oder von Matthias Erzberger verzichten?

Keine der jetzt vorgeschlagenen Umbenennungen halten wir für sinnvoll. Es wird mit ihnen versucht, die 40 Jahre DDR-Geschichte im Ostteil der Stadt zu verleugnen. Wir hoffen, daß die SPD sich nicht auf diese Umbenennungs-Vorschläge einläßt...

Es wundert uns nicht, daß wieder die Umbenennung der Niederkirchnerstraße gefordert wird. Zu Käthe Niederkirchner ist Anfang des vorigen Jahres alles Nötige und viel Unnötiges gesagt worden. Wir jedenfalls bleiben dabei, daß die Benennung nach einer Widerstandskämpferin, die im KZ Ravensbrück ermordet wurde, dem Berliner Abgeordnetenhaus als Adresse gut ansteht.

Verein aktives Museum  
Faschismus und Widerstand  
in Berlin

Junge Welt  
1. 2. 1994

In dem früher hier stehenden Haus lebte von 1926 bis zu ihrer Übersiedelung in die USA 1931 Vicki Baum, 24. 1. 1898 - 29. 8. 1960. Journalistin, Schriftstellerin und Drehbuchautorin. Schrieb hier 1929 ihren Erfolgsroman „Menschen im Hotel“. So steht es auf einer Tafel auf weißem Porzellan, die am 4. 10. 1989 in der Königsallee 45 angebracht wurde. Mehr als diese karge Mitteilung über die aus Wien stammende Harfenistin, die, weil sie Jüdin war, nicht mehr aus Hollywood zurückkam und dort als amerikanische Staatsbürgerin starb, erfahren wir bei der Lektüre der Dokumentation „Gedenktafeln in West-Berlin“.

Das Aktive Museum gab Martin Schönfelds Sammlung jetzt als Band 6 seiner Schriftenreihe heraus; nach den Ost-Berliner Gedenktafeln (Band 4) liegt nun eine vollständige Übersicht über die Berliner „Gedenkländerschaft“ vor: Das Buch stellt 251 Gedenk- und Erinnerungstafeln sowie Gedenkschilder vor, die meisten findet man übrigens in den Bezirken Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg.

Bei der Erinnerung an Verfolgung und Verfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus sind alle Richtungen vertreten. Martin Schönfeld: Die Emigranten aufgrund rassistischer oder politischer Verfolgung, die zur Emigration gezwungenen Künstler, der Sozialdemokratische Widerstand, die Selbstbehauptung der Kirchen, die wegen

ihrer jüdischen Herkunft Ermordeten, der kommunistische, militärische, bürgerliche und parteilose Widerstand, als „entartet“ diffamierte Künstler, ermordete Deserteure sowie, in einem Fall, eine Gedenktafel für die verfolgten Homosexuellen.

Um die Schattenseiten der Geschichte nicht im Schattendasein zu belassen, soll das Buch die Gedenktafeln als Erinnerung an die Verfolgten wieder in das Licht der Öffentlichkeit zurückholen“, betont der Autor, und Christine Fischer-Defoy, die Vorsitzende des Vereins Aktives Museum, sieht die Sammlung und das Gedenken an Einzelne oder spezifische Ereignisse als Alternative zu einer vom Museum kritisierten „Gedenkzentrale“.

Die oft allzu knappen Tafel-Texte werden in dem Buch durch ausführliche Informationen über Menschen und Biographien zu einem aufschlußreichen Gang durch die deutsche Geschichte und die Geisteswelt jener, die vertrieben, verfolgt, manchmal verraten, verhaftet und in vielen Fällen getötet wurden. So werden aus den „Fußnoten“ zu Gebäuden plötzlich Erinnerungen an bekannte und unbekannte mutige Menschen des aufrechten Ganges: Betroffenheit stellt sich ein. Lo.

Buch „Gedenktafeln in West-Berlin“ gibt es im Aktiven Museum, Alte Schönhauser Straße 9-10, ab 18. 2. Chausseestraße 8.

## FRIEDRICHSHAIN

### Tafel erinnert an 300 NS-Opfer

„Die ist aber klein“ war der Kommentar aus dem Publikum, als der Verein „Aktives Museum“ eine provisorische Gedenktafel am Bauzaun zur Jugendverkehrsschule Barnimstraße anbrachte, wo früher das Frauengefängnis stand, das 1974 gesprengt wurde.

„Wir wollen demnächst eine Steintafel in Auftrag geben. Über den Alleingang des „Aktiven Museums“ bin ich überhaupt nicht erfreut“, so Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu (SPD).

Christine Fischer-Defoy, Vorsitzende des Vereins: „Bis das Bezirksamt eine Tafel aufstellt, vergehen Jahre. Wir wollen aber schon heute der mehr als dreihundert Frauen gedenken, die vor ihrer Hinrichtung in Plötzensee durch die Nazis hier einsaßen.“

Das Gefängnis wurde 1864 erbaut. Damals hatte es 200 Plätze. In der DDR waren an der Barnimstraße ebenfalls Frauen inhaftiert. Andreas Rau



Christine Fischer-Defoy neben der Tafel für 300 Frauen, die von den Nazis ermordet wurden. F. Rau

Tagesspiegel  
8. 2. 1994

Berliner Morgenpost  
9. 3. 1994

# Abbild eines späten Gedächtnisses



*Martin Schönfeld: Gedenktafeln in West-Berlin. Schriftenreihe AKTIVES MUSEUM, Band 6, Berlin 1993.*

15,20 DM

Der Autor Martin Schönfeld, ein junger Kulturwissenschaftler, vermittelt eine dokumentarische Übersicht zu den in den westlichen Bezirken unserer Stadt vorhandenen 251 Gedenk- und Erinnerungstafeln sowie Gedenkschildern an Verfolgung und Verfolgte des Hitler-Regimes, an Widerstand und Emigration 1933 bis 1945.

Beeindruckend ist die historische und personelle Vielfalt des in Wort und Bild Dargestellten. Schon der Einband zeigt die Einweihung einer Gedenktafel in Reinickendorf 1988 für die Gruppe Uhrig. Der bezirksweise gegliederte Inhalt beginnt mit der Tafel am Wohnhaus von Libertas und Harro Schulze-Boysen in Charlottenburg und endet mit der für Claus Stauffenberg in Zehlendorf. Dazwischen erfährt man von gleichartiger öffentlicher Ehrung für Georg Benjamin und Else Lasker-Schüler, für Richard Hüttig und Minna Fritsch, für Hans und Hilde Coppi und Lothar Erdmann, für Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky, für Hanno Günther und Ernst Heilmann, für Jochen Klepper und Bernhard Lichtenberg, für Willi Sänger und Erich Steinfurth, für Theodor Plivier und Arnold Zweig wie für viele andere Sozialdemokraten und Katholiken, Kommunisten und Konservative, Arbeiter und Offiziere, Geistliche und Künstler.

An den Nazi-Terror mahnen auch die Ge-

denktafeln für vierzehn zerstörte Synagogen, für die Opfer in ihrer Gesamtheit, für Orte des Schreckens der KZ, Zwangsarbeiterlager und Deportationen.

Die gehaltvolle Einführung schildert vor allem diese „Gedenktafelarbeit“ in ihrem Auf und Ab, in ihrer Widersprüchlichkeit als Ergebnis eines „oftmals mühseligen Gedenkprozesses“ und als „Abbild eines späten Gedächtnisses“.

Gerade in den gegenwärtig verstärkten Versuchen, antifaschistische Straßennamen und andere Gedenkstätten in der designierten deutschen Hauptstadt zu beseitigen, ist diese Schrift in ihrer Objektivität sehr aktuell. Die auch im Westen unserer Stadt öffentlich-sichtbar geehrten Namen Heinz Kapelle, Georgi Dimitroff und Rosa Luxemburg - im Osten sollen sie beseitigt werden, um ihre Mahnung zu vergessen! Die Gedenktafeln im Westen und im Osten Berlins erinnern aber an gemeinsame antifaschistische Traditionen des Widerstandes.

*Joachim Hoffmann*

Berliner Linke  
8/94

## Zeitalter des Idiotismus

Das Babylon-Milieu zeigt von März bis Juni die Reihe „Antifaschistische Filme der DEFA“

**W**ir machen mit dieser Veranschaulichungsreihe einladen zum gemeinsamen Nachdenken über den Zusammenhang von Macht, Geschichtsdarstellung und künstlerischer Freiheit, der sich mit der inzwischen gängigen Formel vom „verdichteten Antifaschismus“ nur unvollständig beschreiben läßt. Inwieweit der pragmatische Ansatz der Veranschaulichung vom Verein Antifaschistischer Filme und Widerstand in Berlin, an dem insgesamt acht Abende der Veranschaulichungsreihe wird es jeweils ansonsten Einleitungsvertrag und die Gelegenheit zum Gespräch nach der Filmvorführung geben.

Die Filmproduktion der DDR begann 1945, als die Sowjetunion mit der Synchronisation ihrer Filme anlang. Parallel dazu beschäftigte sich eine Gruppe mit den Vorbereitungen einer neuen antifaschistisch-demokratischen Filmproduktion. Unter der Regie von Wolfgang Staudte wurde im März 1946 mit den Dreharbeiten zu Die Mörder sind unter uns begonnen. Der Film eröffnet am 3. März auch die Reihe, er ist eine neklagende Abrechnung mit jenen Nazischeren, die im Frieden in der biedereren Bürglichkeit unterzogen waren. In der Gasse

Toten und Gesessenen von geblieben“ zu suchen war das Ziel Wolfgang Staudtes, sein Film fand internationale Anerkennung und wurde im Ausland mit dem internationalen Neorealismus verglichen.

Die Mörder sind unter uns loszulegen die für die Entwicklung des DDR-Films bis zum Ende typische kontroversielle und im Spätstadium weitgehende, radikale Auseinandersetzungen mit dem Faschismus ein: Die Filme Stärker als die Nacht (1954, Regie: Stefan Dornow) über den kommunistischen Widerstandskämpfer Anton Saefkow, Beiträge bis zum Ausgang des Krieges (1956, Regie: Kurt Jung-Alten) über drei junge Wehrmachtssoldaten beim Fronteinsatz, Der Fall Gleiwitz (1961, Regie: Gerhard Klein) über die Besetzung des Reichs sendens Gleiwitz durch SS-Leute in politischer Uniform und fünf Polenemigranten (1960, Regie: Frank Beyer) über den Kampf der internationalen Brigaden 1936 in Spanien erfordern die volle Breite an Themen zu dieser Problematik.

Die Filme erzählen, was sich im Vorfeld des Faschismus zutrug, was anderen Haltungen auf ihre Folgen hin – bei den Unpolitischen, den Verfolgten, den Widerstandskämpfern. Sie schildern die Vorbereitungen der Fasch-

Auch die meisten Filme des 1982 56-jährig verstorbenen DDR-Regisseurs Konrad Wolf befassten sich kritisch mit der Nazizeit. Seine aus dem Jahr 1959 erzählt vom „Zeltdaer des Antifaschismus“, wie die Hauptfigur Walter jenseits jenseits einmordet. In einer von den Nazis betriebenen bulgarischen Kleinstadt werden griechische Juden vorübergehend gefangen gehalten, um sie dann im Konzentrationslager Auschwitz zu deportieren. Unter

offizier Walter lernt die Juden Ruh kennen, wird aus seiner Positivität gerückt und wendet sich zum aktiven Gegner der Nazis. Die scheinbar „Kommunisten“ kommt durch die Gefangenenerfahrung Kurtus Bild – einen gewissenhaften Befehlsmittler, der bedenkenlos durchführt, was ihm von ihm verlangt.

Der intellektuell anspruchsvolle Walter, vor dem Krieg Kunstmaler, will der jüdischen Flucht verhelfen, nimmt Kontakt mit bulgarischen Widerstandsgruppen auf, doch seine Rettungspläne kommen zu spät: Die Juden werden in ein Konzentrationslager verschifft. Walter dem davon nichts ahnend, als er 1960 in den Kinos der Bundesrepublik zu sehen war, um eine bedeutungsvolle

Schlußsequenz gekürzt: Unteroffizier Walter fährt in die Kleinstadt zurück und ist jetzt auch bei der Beschaffung von Waffen zu unterstützen.

Die häufigere Beschäftigung mit dem Neorealismus in den Filmen der DDR ging auch auf die unterschiedliche Einschätzung über den Ablauf der Geschichte zurück. In marxistisch-leninistischer Sicht sind die Menschen im Faschismus Objekt der Ausbeutung, nicht Subjekt. Dieser Auffassung werden die ausgereiften Filme von der DDR allerdings auch differenziertere Werke gegeben: Es ist schade, daß ein Film wie Jan auf der Zelle von Helmut Dzierbon im Babylon Mitte nicht berücksichtigt wurde.

Auch hier erscheinen alle, die sich überzeugte Nazis oder Widerstandskämpfer sind, durch unterschieden. Doch selbst wenn sie sich trennen und nach außen von den Nazis akzeptiert werden, haben sie sich im Inneren noch nicht von der NS-Ideologie gelöst. Menschlichkeit bewahrt und letzten beschuldigen Widerstand gegen das herrschende

Die Mörder sind unter uns (links), End der Reihe, Führer einer Klasse (rechts)



sten im Zweiten Weltkrieg und lehren die Haltung der Kommunisten hervor. Keine andere Spielfilmproduktion, weder in noch außerhalb Europas, hat sich dieser thematischen Thematik so eindringlich gesetzt.

Unrecht. Ein bewußter Verzicht auf platte Schwarz-Weiß-Zeichnung des Charakters, es geht vielmehr um die Widersprüchlichkeit der Menschen, die Unrecht erkennen, aber nicht dagegen kämpfen können oder wollen – und keiner wird verurteilt, weil schwach ist.

Dafür hätte man getrost auf den zweifeligen Propagandablenken Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse und Ernst Thälmann, Führer seiner Klasse (1954/55, Regie: Kurt Maatzig) verzichten können. Sagen Sie, Genosse Thälmann, wie haben Sie es fertiggebracht, in so kurzer Zeit Zehntausende von Arbeitern zu gewinnen? – fragt anerkennend Lenin. Und der Arbeiterführer sagt abschließend und ganz bescheiden: „Ich habe versucht, von ihnen zu lernen. Genosse Lenin!“ Ob historisch oder nur erfunden, ist vollkommen egal: Diese politische und langweilige Chronik wird auch nicht besser, wenn man in der Einführung die spannende Wirkung nicht dazu erzählt. Der Film, von dem sich selbst Register Kurt Maatzig schon zu DDR-Zeiten distanziert hatte, bringt die üblichen anspruchsvollen Werke der Reihe in Antifaschist.

Manfred Huback

Kommende Termine unserer Filmreihe im Kino Babylon, Rosa-Luxemburg-Str. 30

3. Veranstaltung

Donnerstag, den 7. April  
19.00 Uhr

**Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse**  
**Ernst Thälmann, Führer seiner Klasse**  
Regie: Kurt Maetzig

Der Film zeichnet den Lebensweg des von den Nazis ermordeten KPD-Führers Ernst Thälmann nach. Er ist handwerklich perfekt gemacht und von eindringlicher Wirkung, gleichzeitig aber voller Lügen und Fälschungen, zeigt gewissermaßen die Grundform der Legendenbildung in der DDR um das antifaschistische Vermächtnis und die führende Rolle der Kommunistischen Partei.

**Einführung:**

Ernst Thälmann - die langweilige Legende und die spannende Wirklichkeit

Annette Leo

4. Veranstaltung

Donnerstag, den 21. April  
21.00 Uhr

**Betrogen bis zum jüngsten Tag**  
Regie: Kurt Jung-Alsen

Nach einer Novelle von Franz Fühmann wird die Geschichte von drei jungen Wehrmachtssoldaten zu Beginn des Polenfeldzugs erzählt, die in die Erschießung von polnischen Geiseln verstrickt werden.

**Einführung:**

Franz Fühmanns späte Reflexionen über seine Umerziehung vom Nationalsozialisten zum Kommunisten

Werner Liersch, Literaturwissenschaftler

5. Veranstaltung

Donnerstag, den 5. Mai  
20.00 Uhr

**Sterne**  
Regie: Konrad Wolf

Eine Koproduktion DDR - Bulgarien, die sich mit der Deportation der rumänischen Juden auseinandersetzt und die Konflikte eines Wehrmachtssoldaten schildert.

**Einführung:**

Der Völkermord an den europäischen Juden in der offiziellen Erinnerung der DDR - eine Geschichte des Verschweigens und der Vereinnahmung

Regina Scheer

6. Veranstaltung

Donnerstag, den 19. Mai  
20.00 Uhr

**Der Fall Gleiwitz**  
Regie: Gerhard Klein

Der fingierte Überfall auf den Sender Gleiwitz lieferte den Vorwand für den deutschen Einmarsch nach Polen am 1. September 1939. Der Film gibt eine minutiöse Rekonstruktion der Ereignisse.

**Einführung:**

Die Entstehungsgeschichte des Films: Über Suchen und Finden einer neuen Formensprache

Erika Richter, Filmhistorikerin

7. Veranstaltung

Donnerstag, den 2. Juni  
20.00 Uhr

**Fünf Patronenhülsen**  
Regie: Frank Beyer

Eine Geschichte aus dem Bürgerkrieg in Spanien. Eine Gruppe von fünf Männern der Internationalen Brigaden hat den Rückzug ihrer Einheit gedeckt und geriet dabei in das feindliche Gebiet. Sie trennen sich voneinander, um sich zu ihrer Einheit durchzuschlagen.

**Einführung:**

Gespräch mit dem Regisseur Frank Beyer (angefragt)

8. Veranstaltung

Donnerstag, den 16. Juni  
20.00 Uhr

**Nackt unter Wölfen**  
Regie: Frank Beyer

Verfilmung des gleichnamigen Buches von Bruno Apitz, erzählt die Geschichte eines jüdischen Kindes, das im KZ Buchenwald von Häftlingen versteckt und gerettet wird, verknüpft mit der Vorbereitung der Selbstbefreiung des Lagers durch die illegale Widerstandsorganisation der Häftlinge

**Einführung:**

Das Kind von Buchenwald und die Selbstbefreiung - einige Anmerkungen über geschichtliche Wahrheit und Legendenbildung

Annette Leo

### Auszeichnung für Gerhard Schoenberner

Unser langjähriger Vorsitzender und Ehrenmitglied Gerhard Schoenberner, hat im Februar als erster Deutscher den Eitinger-Preis der Universität Oslo erhalten. Mit diesem Preis werden Personen ausgezeichnet, die einen wesentlichen Beitrag zu den Zielen des Humanismus geleistet haben, die sich für den Frieden, die Würde des Menschen und gegen Rassismus einsetzen. Erster Preisträger war 1986 Elie Wiesel.

Der Preis wurde von Leo Eitinger, einem Überlebenden von Auschwitz, gestiftet, er ist einer der wichtigsten Autoritäten über die Diagnose und Behandlung von psychischen Schäden nach KZ-Haft und Folter. Die vorbildliche Behandlung von Opfern der NS-Verfolgung in Norwegen ist zu einem großen Teil ihm zu verdanken.

---

## UNITED STATES HOLOCAUST RESEARCH INSTITUTE

THE SCHOLARLY DIVISION OF THE UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM

---

### THE PEARL RESNICK POST-DOCTORAL FELLOWSHIP PROGRAM

The United States Holocaust Research Institute, the scholarly division of the United States Holocaust Memorial Museum, seeks applications for the Pearl Resnick Post-Doctoral Fellowship Program, established with support from Pearl Resnick and Burton P. Resnick to provide young, promising scholars with a year in residence at the Research Institute.

The Institute fosters research in Holocaust and Genocide Studies broadly defined. Fields of inquiry include, but are not limited to historiography and documentation of the Holocaust; ethics and the Holocaust; comparative genocide studies; and the impact of the Holocaust on contemporary society and culture. Other areas of concern include refuge and rescue, and propaganda and mass media as they relate to genocide. The Institute welcomes a variety of approaches by scholars in history, political science, philosophy, religion, sociology, literature, psychology, and other disciplines. It especially encourages scholarly work that utilizes the extraordinarily rich archival materials that the Museum has collected in Eastern Europe, Germany, and the former U.S.S.R.

The Pearl Resnick Post-Doctoral Fellowship provides a stipend of \$40,000 for the academic year; office space; part-time research assistance; postage; and access to a computer, telephone, facsimile machine, and photocopier. Travel expenses for Fellows, their spouses, and dependent children also are provided. Applications from any country are welcome from persons who have received a Ph.D. or equivalent degree and are no more than 40 years of age. Applicants should submit a brief project description and work plan; a reprint or other sample of their writing; a curriculum vitae; and the names, addresses, and telephone numbers of three references to:

Dr. Wesley A. Fisher  
Deputy Director, Research Institute  
United States Holocaust Memorial Museum  
100 Raoul Wallenberg Place, SW  
Washington, DC 20024-2150  
Fax: (202) 479-9726

Application deadline for the 1994-95 academic year is May 15, 1994.

Decision will be announced by June 15, 1994.

Christine Fischer-Defoy: Ausstellungs- und Dokumentationsprojekt zur Geschichte der aus Berlin Emigrierten nach 1945

1. Februar Deadline Katalog

Vorgesehener Ausstellungsort: Anhalter Bahnhof, Zeit: Mai - Juli 1995

Zur Themenstellung der Ausstellung:

Zwischen 1933 und 1945 verließen Tausende Berliner Bürgerinnen und Bürger ihre Heimatstadt, um Zuflucht vor nationalsozialistischer Verfolgung in anderen Ländern zu finden. Nur wenige von ihnen kehrten nach Kriegsende nach Deutschland zurück. Aus Anlaß des 50. Jahrestags der Befreiung von der NS-Herrschaft bereitet der Verein "Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin" ein Dokumentations-Ausstellungsprojekt vor, das sich mit der Rückkehr aus Berlin Emigrierten nach 1945 befaßt. Wir wollen der Frage nachgehen, warum so wenige der aus Berlin Vertriebenen und Geflüchteten in ihre alte Heimatstadt zurückgekehrt sind und welche Motive sie bei dieser Entscheidung leiteten.

Dabei ist zunächst festzustellen, daß es die Berliner Emigration nicht gab. Vielmehr waren es einzelne Berliner Bürgerinnen und Bürger, die in den Jahren zwischen 1933 und 1945 unsere Stadt verließen - aus unterschiedlichen Gründen, in die verschiedensten Länder der Erde, mit den differenziertesten Perspektiven - und aufgrund einer jeweils individuellen Entscheidung, in Berlin Beruf, Familie und Freundeskreis aufzugeben, ganz zu schweigen von den materiellen Werten, die nur die Wenigsten ins Ausland retten konnten.

Da gab es die politischen Flüchtlinge der ersten Monate des Jahres 1933, die sich der unmittelbar drohenden Verfolgung entzogen: Sozialdemokraten, Kommunisten und Angehörige anderer Parteien, Funktionäre, Abgeordnete des Reichstags und des Preußischen Landtags, Stadtverordnete, die sich angesichts der ersten Terrorwelle gegen die politischen Vertreter der "Systemzeit" ins Ausland retteten.

Da gab es zum zweiten in den Jahren 1933/34 die jüdische "Kulturaristokratie", die Berlin nach Auftrittsverboten und öffentlichen Anfeindungen verließ und damit zugleich in ihrem jeweiligen Gastland ein Zeichen des Protests gegen Nazideutschland setzte. Beispiele hierfür sind etwa der Dirigent **Bruno Walter** oder der Pianist **Artur Schnabel**.

Dies galt auch für die dritte Gruppe derjenigen, die zu Beginn der NS-Zeit emigrierten, Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle wie **Bertolt Brecht**, **Kurt Weill** und **Hanns Eisler**, die, als "Kulturbolschewisten" verfeimt, gleich 1933 Berlin den Rücken kehrten.

Mit der Verschärfung der antisemitischen Verfolgung vor allem nach dem Novemberpogrom 1938 wuchs die Zahl der jüdischen Flüchtlinge zur Hauptgruppe der Berliner Emigration an. Dies betraf nun nicht mehr nur Künstler und Intellektuelle, sondern Vertreter aller Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten, den kleinen Gewerbetreibenden aus dem Scheunenviertel wie den Bankier aus dem Charlottenburger Westend, den Inhaber der koscheren Fleischerei von der Auguststraße wie den Rechtsanwalt vom Kurfürstendamm. Lediglich das Emigrationsziel unterschied sich entsprechend dem Geldbeutel, denn es gab "billigere" und "teurere" Aufnahmeländer - nicht nur wegen der Reisekosten, vielmehr waren auch die Kosten für die zu beschaffenden Vorzeigegelder oder Affidavits nach Ländern unterschiedlich hoch.

1937/38 gab es im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Ausstellungen "Entartete Kunst" und "Entartete Musik" eine zweite Welle der nicht-jüdischen Emigration von Berliner Künstlerinnen und Künstlern, die nun als "entartet" galten, unter ihnen beispielsweise der Komponist **Paul Hindemith**.

Beginn und Verlauf des Zweiten Weltkriegs führten dazu, daß viele derjenigen aus allen genannten Gruppierungen, die zunächst Zuflucht in Deutschlands Nachbarländern gefunden hatten, nun ein zweites Mal fliehen mußten oder aber den vorrückenden Truppen in die Hände fielen und nun - im schlimmsten Fall - doch noch verhaftet, deportiert und ermordet wurden, wie aus Berlin die jüdische Malerin **Charlotte Salomon**, die nach Einmarsch der deutschen Truppen von Südfrankreich nach Auschwitz deportiert wurde und der frühere Intendant der Städtischen

Oper an der Bismarckstraße, **Kurt Singer**, der von Holland aus nach Theresienstadt deportiert wurde und dort den Tod fand.

Nicht wenige der politischen Emigranten gerieten nach ihrer Flucht aus Deutschland in die Mühlen des sowjetischen Geheimdienstes und fielen den "Säuberungen" zum Opfer. Der sog. "Fall" Herbert Wehner hat gerade in jüngster Zeit einer Medienöffentlichkeit als "Skandal" gedient, obwohl alles seit Jahren der einschlägigen Forschung bekannt ist. Durch die Kollaboration der Sowjetunion mit Nazi-Deutschland aufgrund des Nichtsangriffspakts wurden zahlreiche KPD-Funktionäre und -Mitglieder sowie Angehörige linkssozialistischer Gruppierungen, als "Spitzel" denunziert, an die Deutschen ausgeliefert und kehrten so nach Deutschland, in die Konzentrationslager, zurück, unter ihnen die Frau des früheren KPD-Funktionärs Heinz Neumann, **Margarethe Buber-Neumann**. Übrig blieb die Polit-Prominenz im "Hotel Lux", die nach Kriegsende in entscheidende Positionen in der SBZ einrückte.

Den Überlebenden aus allen oben genannten Gruppierungen stellte sich 1945 die Frage, ob sie nun in ihre Heimatstadt zurückkehren sollten. Doch schon auf den ersten Blick ist ersichtlich, daß nur wenige sich hierzu entschlossen haben. Lag dies an der Verbitterung gegenüber Deutschland und den Deutschen angesichts des schmerzlichen Verlusts von Freunden und Angehörigen, für die hier stellvertretend die nun 96-jährige Amsterdamer Emigrantin **Paula Salomon-Lindberg** zu Wort kommen soll: "Wie sollten wir freiwillig dahin fahren? Wir waren ja tief gekränkt auf allen Seiten. Da mußte mehr Zeit dazwischen vergehen können, und auch wieder Verbindungen mit Menschen entstehen, die auf dem guten Weg waren, es waren ja nicht alle Deutschen schlecht, ...außerdem mußte man abwarten, man mußte ja erst wissen: wer lebt denn noch, wer ist noch da? Wen kann man erreichen?"

Lag es nicht aber auch daran, daß Initiativen und Aufforderungen zur Rückkehr nach Berlin ausblieben? Für den Bereich der **Berliner Kunst- und Musikhochschulen** läßt sich bereits jetzt klar feststellen und durch viele erschütternde Dokumente belegen, daß diese Institutionen von sich aus keinerlei Anstrengungen unternommen haben, frühere Lehrkräfte wieder in ihre Positionen zurückzurufen. Der Verdacht liegt nahe, daß die Kollegen, die während der NS-Zeit in die durch Entlassungen freigewordenen Stellen aufgerückt waren, nun eifersüchtig darauf bedacht waren, ihre Stellung zu behaupten. Unter den entlassenen und emigrierten Kolleginnen und Kollegen betrifft dies insbesondere die jüdischen Künstlerinnen und Künstler, so daß zu untersuchen wäre, ob es nach 1945 einen fortwährenden Antisemitismus in den Berliner Institutionen gegeben hat. Demgegenüber bemühte sich die Berliner Musikhochschule um die nichtjüdische Prominenz, so etwa um **Paul Hindemith**, der dort das Direktorat übernehmen sollte. Zu untersuchen ist, ob sich ähnliche Verfahrensweisen an anderen Berliner Institutionen feststellen lassen, so etwa an der Berliner Universität, den anderen Hochschulen, an den Theatern und Opernhäusern.

Zum zweiten wollen wir die Motive dokumentieren und analysieren, die bei den Zurückkehrenden zur Entscheidung für jeweils eine der Berliner Stadthälften geführt haben. Offensichtlich ist auf den ersten Blick die gezielte Rückführung der kommunistischen Prominenz aus der Sowjetunion in die SBZ bzw. nach Ostberlin, die hier die Partei- und Staatsführung übernahm. Aber auch viele politisch linksstehende Intellektuelle wie **Bertolt Brecht**, **Hanns Eisler**, **Heinrich Mann** und **John Heartfield**, um nur einige zu nennen, votierten für die SBZ bzw. die Hauptstadt der DDR, weil sie hier das "bessere Deutschland" manifestiert sahen.

Demgegenüber zogen jüdische Emigranten, so sie sich überhaupt für Berlin entschieden, eher die von den Westmächten besetzten Sektoren und später West-Berlin vor, dies nicht zuletzt angesichts von Berichten über antisemitische Ausschreitungen im Ostblock. Auch die sozialdemokratisch geprägten politischen Emigranten wie **Ernst Reuter** und **Willy Brandt** wählten eher den Schutz der Westmächte, um ihre politische Karriere fortzusetzen. Gezielte Rückrufe scheint es aber auch seitens der politischen Parteien im Westen nicht gegeben zu haben. Vielmehr ist festzustellen, daß im verschärften Klima des Kalten Krieges Konrad Adenauer nicht davor zurückschreckte, **Heinrich Brüning** politisch überwachen zu lassen.

Zum dritten wollen wir untersuchen, warum und wie sich die Frage nach der Rückkehr bzw. dem Verbleib im Exil nach **Berufsgruppen** differenziert. Offensichtlich ist hier, daß Menschen, deren Hauptwerkzeug die Sprache ist, sich eher wieder für ihre Heimatstadt entschieden haben: Schauspieler, Sänger, Schriftsteller, Journalisten, aber auch Rechtsanwälte hatten es im Exil

besonders schwer, ihren Beruf auszuüben und waren daher eher motiviert für eine Rückkehr in das Land ihrer Muttersprache, als Angehörige von Berufsgruppen, denen es bereits gelungen war, sich in ihrem Emigrationsland eine neue Existenz aufzubauen.

Zum vierten ist es offensichtlich, daß die Entscheidung zur Rückkehr nach Berlin von den Lebensumständen und den Perspektiven im jeweiligen Emigrationsland abhingen: Emigranten aus Schanghai oder aus Argentinien strebten eher wieder in die deutsche Metropole als Flüchtlinge, die nun in New York oder Los Angeles lebten.

Und schließlich gehen wir der Frage nach, ob und wie sich bei den Emigranten die Haltung gegenüber Deutschland und insbesondere gegenüber Berlin im Laufe der Jahre geändert hat. Neben historischem Quellenmaterial, (Auto-)Biographien, Zeitungsartikeln und Briefwechseln, die hierüber Aufschluß geben können, werden wir in Zusammenarbeit mit dem Emigranten-Referat der Berliner Senatskanzlei zwischen Frühjahr 1994 und Frühjahr 1995 eine Befragung unter den früheren Berlinerinnen und Berlinern durchführen, die im Rahmen des Besuchsprogramms als Gäste des Senats nach Berlin kommen. Dabei werden wir zum einen eine repräsentative Fragebogenaktion durchführen, zum anderen ausführliche Einzelgespräche mit einigen Berlin-Besuchern über ihr Verhältnis zu Berlin führen. Der Briefwechsel, den die Senatskanzlei über Jahre hinweg mit Berliner Emigranten geführt hat, ist für uns eine weitere wichtige Quelle, um mit Menschen in Kontakt zu kommen, die bis heute in ihrem Exilland leben.

Die Ergebnisse dieser Recherchen wollen wir 1995 in einer Ausstellung präsentieren, die anhand repräsentativer Lebensläufe die obengenannten Aspekte dokumentiert und mit Fotografien, Briefen und Dokumenten anschaulich macht. Die Ausstellung wird einen sehr persönlichen Eindruck vermitteln von den jeweiligen Motiven der Emigrierten, ihren Lebensumständen und Überlegungen im Exil, ihren Gefühlen damals und heute gegenüber ihrer früheren Heimatstadt. Die Ergebnisse der Recherchen und unserer Befragungsaktion sollen in einem Band unserer Schriftenreihe veröffentlicht werden.

Als Ausstellungsort ist das Freigelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs vorgesehen, der Ort, von dem aus die meisten Emigranten Berlin verlassen haben. Die markierten Bahnsteige bilden den Hintergrund für die Ausstellungstafeln, die uns Lebenswege derjenigen anschaulich machen, die hier in den Jahren nach 1933 von Angehörigen und Freunden Abschied genommen haben.

Wir bitten die Mitglieder, die Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums, uns bei diesem Projekt zu unterstützen. In der ersten Phase der Arbeit suchen wir ausschließlich nach Zeugnissen, in denen die Überlegungen von **Berlinerinnen und Berlinern**, die nach 1933 Berlin verlassen mußten, über die Frage einer eventuellen Rückkehr nach Berlin und nach Deutschland dokumentiert sind. Wir freuen uns über jeden Hinweis. Schon allein alle seit 1945 erschienen einschlägigen Autobiografien daraufhin durchzuarbeiten, wird langwierig genug sein, von anderen Quellenmaterialien zu schweigen. Jeder Hinweis spart uns Zeit, die sowieso recht knapp ist. Da wir uns aber nicht anmaßen, das Thema ein für alle mal abschließend behandeln zu können, wird auch ein Ausschnitt aus der Gesamtproblematik wichtig genug sein, um daraus eine Ausstellung für 1995 zu gestalten.

# Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen

Unabhängige Kommission zur Umbenennung von  
Straßen

## ABSCHLUSSBERICHT

# ABSCHLUSSBERICHT

vom 17. März 1994

Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Ella Barowsky  
Dr. Ursula Besser  
Prof. Dr. Laurenz Demps  
Peter Matz  
Prof. Dr. Christoph Stölzl  
Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Geschäftsführung: Alexander Kaczmarek  
Karl Hennig

### Vorwort des Senators für Verkehr und Betriebe

Über die Straßennamen aus der DDR-Zeit und ihren Erhalt oder ihre Abschaffung wird in Berlin seit längerem ausführlich gestritten. Das Beispiel Wilhelmstraße/Otto-Grotewohl-Straße zeigt, daß die Benennung einer Straße im zentralen Bereich durchaus bundesweite Bedeutung hat. Es zeigt aber auch, wie sich die Rückbenennung einer Straße zu einem unproduktiven Machtkampf zwischen Bezirk und Senat entwickeln kann.

Ich teile die Meinung vieler Berliner, daß es noch eine ganze Reihe von Straßennamen gibt, die dringend überprüft werden sollten, weil sie demokratischen Traditionen widersprechen und uns in der Hauptstadt-Auseinandersetzung Berlin-Bonn schaden. Der Wunsch nach weiteren Umbenennungen kam in vielen Bürgerbriefen zum Ausdruck, die meine Verwaltung in den letzten Monaten erhielt. Allerdings sollte unserer Stadt eine weitere unwürdige und provinzielle Auseinandersetzung, wie um die Wilhelmstraße, erspart werden. Ich wollte deshalb die Frage der Straßennamen dem politischen Streit entziehen und habe sie einer **unabhängigen Kommission** angesehener Bürger Berlins zur Entscheidung vorgelegt. Die Einsetzung einer Kommission - und auch die Personenvorschläge - wurden mit den BVV-Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD in Mitte im Vorfeld abgestimmt.

Die Unabhängige Kommission hatte die Aufgabe, Straßennamen in Berlins historischer Mitte zu prüfen und gegebenenfalls Vorschläge für Rück- oder Neubenennungen zu machen.

Zur Mitarbeit hatten sich bereit erklärt:

Prof. Dr. Arnulf Baring, Historiker, Freie Universität Berlin;  
Dr. Ella Barowsky, Bezirksbürgermeisterin a.D. und  
Stadtälteste;  
Dr. Ursula Besser, Stadtälteste von Berlin;  
Prof. Dr. Laurenz Demps, Historiker, Humboldt-Universität;  
Peter Matz, Referent im Bischöflichen Ordinariat;  
Prof. Dr. Christoph Stölzl, Generaldirektor des Deutschen  
Historischen Museums;  
Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Historiker, Humboldt-  
Universität.

Die Kommissionsmitglieder waren nicht als Vertreter von Institutionen, sondern als unabhängige Persönlichkeiten tätig. Sie arbeiteten ehrenamtlich und erhielten keine finanziellen Leistungen für ihre Tätigkeit. Die Kommission hat seit 17. September 93 sechsmal getagt.

Im Rahmen der Zuständigkeit für das Straßenrecht haben Fachabteilungen der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe der Kommission zugearbeitet. Außerdem waren weitere Wissenschaftler als Gutachter bereit, die Kommission unentgeltlich zu beraten. Die Geschäftsführung für die Kommission wurde im Leitungsbereich der Senatsverwaltung ohne zusätzliche Kosten oder Überstundenausgleich wahrgenommen.

Ich bin dankbar, daß sich die Mitglieder der Kommission trotz hoher Arbeitsbelastung und anderer Verpflichtungen für diese Aufgabe engagiert haben. Angesichts der Haushaltsslage des Landes Berlin halte ich diese Form der ehrenamtlichen Mitarbeit für beispielhaft.

Prof. Dr. Herwig Haase  
Senator für Verkehr und Betriebe

### PRÄAMBEL

Ein besonders sensibles Element des Erinnerungsmusters einer Stadt sind die Straßenbenennungen. Wo es sich nicht um harmlose Erbschaft topographischer oder anekdotischer Verganhenheiten handelt, werden sie in der Regel als "Ehrung" verstanden. Sie sind deshalb Teile der Traditionsstiftung einer Gesellschaft. Straßennamen sind in der Regel unkommentiert. Die Berliner Praxis verfährt in diesem Sinne. Im Gegensatz zur Distanzierung und Kommentierung, wie sie bei den historischen Erinnerungen im Museum und in der Gebäudebeschilderung möglich sind, wird der Straßenname ganz allgemein als Zustimmung verstanden.

Wo es sich um prestigeträchtige Stadtteile wie Regierungsviertel oder historische Stadtzentren handelt, kann davon ausgegangen werden, daß Einheimische wie Besucher, nicht zuletzt die Staatsgäste die Straßennamen auch als bewußtes Bekenntnis sowohl der Hauptstadt wie des Landes lesen werden.

Deshalb sollen Straßennamen im Stadtzentrum einer Hauptstadt von einer breiten Mehrheit der Bürger angenommen werden. Das bedeutet, daß sie in einem möglichst weiten Sinne alle Traditionen, die im Geächtnis einer pluralistischen, toleranten Demokratie Platz haben, widerspiegeln. Daneben sollten sie, so gut es geht, die spezifische Geschichte erinnern, in unserem Falle die Geschichte Brandenburg-Preußens und der Stadt Berlin.

In der politischen Kultur des vereinigten demokratischen Deutschland können die Zeichen- und Symbolsetzungen einer überwundenen Diktatur nicht ungeprüft bleiben. Für eine generelle Historisierung und Neutralisierung, wie sie z.B. den Symbolen länger zurückliegender politischer Epochen, etwa der Zeit der Fürstenstaaten zugestanden werden kann, ist die Erinnerung an das Leid, das von der zweiten deutschen Diktatur ausgegangen ist, zu frisch.

Überprüfung meint nicht pauschale Verwerfung. Auch die Zeichen der DDR gehören zum geschichtlichen Erbe der Bundesrepublik. Sie können aber nur dann richtig verstanden werden, wenn sie historisch richtig gewichteter Teil eines Erinnerungsmusters werden, das die gesamte Vergangenheit in gerechten Proportionen widerspiegelt.

Die DDR hat zahlreiche Straßen und Plätze umbenannt. Das gilt auch für die historische Mitte Berlins. Manche dieser Umbenennungen sind nicht umstritten und werden Bestand haben. Andere Straßennamen sind Ausdruck der Geschichtspolitik der zweiten deutschen Diktatur und ihrer führenden Partei. Zur Geschichtspolitik der SED gehörte es, die Rolle ihrer Vorgängerpartei, der KPD, unkritisch, ja glorifizierend darzustellen. Verschwiegen wurde, daß die KPD und die Kommunistische Internationale erheblich zur Zertörung der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, und damit, wenn auch ungewollt, zum Triumph der Nationalsozialisten beigetragen haben. Im kommunistischen Widerstand gegen die NS-Diktatur sah die SED stets die folgerichtigste und höchste Form des Antifaschismus. Entsprechend einseitig verfuhr die führende Partei der DC bei der Benennung von Straßen und Plätzen.

Nirgendwo bedarf diese Praxis so dringend einer kritischen Überprüfung wie in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt. Dieser Teil Berlins hat für die gesamte Bundesrepublik Deutschland eine herausgehobene Bedeutung. Er gehört nicht nur zu den Berlinern, sondern allen Deutschen. Deswegen gilt es gerade hier, historische Einseitigkeiten und Verfälschungen der SED zu korrigieren. Die historische Mitte der Bundeshauptstadt darf nicht den Stempel des Geschichtsbildes einer Partei tragen. Sie muß vom Geist des Pluralismus geprägt sein.

Die Kommission ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß die zweite deutsche Demokratie keinen Anlaß hat, Politikerinnen und Politiker zu ehren, die aktiv an der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie mitgewirkt haben. Dasselbe gilt auch für Politikerinnen und Politiker, die nach 1933 die eine totalitäre Diktatur, die der Nationalsozialisten, bekämpft haben, um eine andere totalitäre Diktatur, die der Kommunisten, an ihre Stelle zu setzen.

Die zweite gesamtdeutsche Demokratie sollte die Erinnerung wachhalten an Politikerinnen und Politiker, die sich für Menschen- und Bürgerrechte, für Rechtsstaat und Demokratie eingesetzt haben. Soweit die Kommission die Neubenennung von Straßen vorschlägt, befürwortet sie vor allem die Ehrung von Menschen, für die Recht und Freiheit verpflichtende Werte waren. Dazu gehören namentlich die Vorkämpfer des Rechtsstaates im 19. Jahrhundert, die Verteidiger der ersten gesamtdeutschen Demokratie, der Weimarer Republik, die Träger des antitotalitären Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur und die demokratischen Gegner der SED-Diktatur.

Die gemeinsame deutsche Geschichte der Jahre 1918 bis 1933 nimmt bei den Vorschlägen für Neubenennungen auch deswegen einen so prominenten Platz ein, weil die SED die Weimarer Republik besonders einseitig und verzerrt dargestellt hat. Aber auch in der alten Bundesrepublik wird oft verkannt, was die Erfahrung von Weimar für die Geschichte der deutschen Demokratie bedeutet. Die zweite gesamtdeutsche Demokratie steht in einer gemeinsamen schwarz-rot-goldenen republikanischen Tradition. Sie zu pflegen, ist eine Aufgabe aller Demokraten.

Die Kommission schlägt weiter vor, Straßen in der Mitte Berlins nach zwei großen Gestalten der Geistes- und Kulturgeschichte, nämlich Hegel und Schinkel, zu benennen, deren Bedeutung Berlin bisher, was Straßennamen angeht, nicht gerecht geworden ist.

Weitere Grundprinzipien für die vorgeschlagenen Straßennamen sind:

Rückgriffe auf historische Straßennamen, die auf die Entstehungsgeschichte des Viertels (Dorotheenstraße) oder auf das Alltagsleben von Berliner Bürgern in vergangenen Tagen (z.B. Treidelufer) verweisen. Erreicht werden sollen damit langandauernde Straßennamen, die von der Tagespolitik unabhängig sind und die Bürger vor vermeidbaren Belästigungen durch häufige Umbenennungen bewahren.

## EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION

Die Kommission empfiehlt, den Bersarinplatz in **Baltenplatz** rückzubenennen.

Die Umbenennung des Bersarinplatzes in Baltenplatz ist in doppelter Hinsicht wünschenswert:

Erstens stellt ~~erstens~~ eine Rückkehr zum ursprünglichen Namen des Platzes dar und folgt insofern dem Prinzip der Kommission, nach Möglichkeit auf die Straßennamen zurückzugreifen, die vor 1933 gültig waren.

Zweitens ist es ein Zeichen politischer Sympathie für die nach dem Erhalt ihrer Unabhängigkeit strebenden baltischen Republiken, wenn der bisherige Namenspatron, der sowjetische Generaloberst Nikolai Bersarin, zugunsten der jahrzehntlang von der UdSSR völkerrechtswidrig annektierten und noch heute von Moskau bedrohten Balten-Staaten abgelöst wird.

Der neue Name wird auch keine nationalistischen oder irredentistischen Assoziationen hervorrufen. Zwar ist es richtig, daß der Baltenplatz vermutlich ursprünglich an die Deutschen erinnern sollte, die seit dem 12. Jahrhundert im Baltikum siedelten und dort jahrhundertlang die Oberschicht bildeten. Allein für sie bürgerte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Bezeichnung "Baltendeutsche" oder "Balten" ein.

Allerdings wurden bis ins 20. Jahrhundert hinein nur "Kurland, Livland und Estland" zum Baltikum gerechnet - also etwa das Gebiet der heutigen Staaten Lettland und Estland. Litauen war in diesem Sinne nicht "baltisch". Dieser Sprachgebrauch blieb bis ins Dritte Reich hinein üblich, als man unter Balten die "deutschen Bewohner der ehemals russischen Ostseeprovinzen Livland, Estland und Kurland" verstand.

Jedoch fand mit den demographischen Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges, welche die Geschichte der Deutschen im Baltikum unwiderruflich beendeten, auch ein Wandel im Sprachgebrauch statt: Seither verstand man unter Balten "die Gesamt-Bevölkerung der baltischen Staaten", zu denen außer Lettland und Estland nun auch Litauen gezählt wurde.

Diese sprachliche Entwicklung hat auch nach dem Ende der Sowjetunion Bestand. So schreibt Klemens Ludwig in seinem Baltikum-Führer von 1992: "Wenn in diesem Buch von den Balten die Rede ist, so sind damit die Esten, Letten und Litauer als politische Einheit gemeint."

Die Bezeichnung Baltenplatz ist demnach zwar in formaler Hinsicht eine Rückbenennung, jedoch inhaltlich - und somit in der politischen Stoßrichtung - eine Neubenennung, die auch als solche verstanden und in der Öffentlichkeit gebilligt werden wird.

### Minderheitenvotum

Der heutige Name des ehemaligen "Baltenplatzes" erinnert an den ersten sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, Nikolai E. Bersarin, der am 16.10.1945 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam. Die Umbenennung erfolgte im Juli 1947, also lange vor der Gründung der DDR, durch einen von Louise Schröder unterzeichneten Beschluß des (Gesamt-) Berliner Magistrats. Wir sehen keinen Anlaß, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Dr. Ella Barowsky                      Prof. Dr. Laurenz Demps  
Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Die Kommission empfiehlt, die Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße rückzubenennen.

Clara Zetkin (1857 - 1933) war ab 1891 Herausgeberin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift "Die Gleichheit". Sie engagierte sich vor allem für die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau und für das Frauenwahlrecht. Während des Ersten Weltkriegs schloß sie sich der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an. Anfang 1919 trat sie der KPD bei, blieb aber aus taktischen Gründen zunächst noch Mitglied der USPD. Auf dem "Revolutionsparteitag" der USPD im März 1919 versuchte diese Partei auf einen entschieden antiparlamentarischen Kurs festzulegen. Von 1919 bis 1924 und von 1927 bis 1929 war sie Mitglied der Zentrale (Zentralkomitee) der KPD, von 1920 1933 Reichstagsabgeordnete dieser Partei und von 1921 bis 1933 Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Als überzeugte Anhängerin Lenins verteidigte Zetkin die Parteidiktatur der Bolschewiki, wie sie seit dem Oktober 1917 in Rußland entstanden war. Ihre mehrfach bekundete Distanz zu ultralinken Tendenzen in der eigenen Partei hielt sie nicht davon ab, in der Sowjetunion Stalins das politische und gesellschaftliche Vorbild für Deutschland zu sehen. Die Rede, die sie am 30. August 1932 als Alterspräsident des Deutschen Reichstags hielt, schloß sie mit den Worten, sie hoffe noch "das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen".

Clara Zetkins Verdienste um die Frauenemanzipation in der Zeit vor 1914 werden durch ihr späteres Engagement für eine kommunistische Parteidiktatur nicht ausgelöscht, aber doch stark verdunkelt. Aus diesem Grund spricht sich die Kommission gegen die Beibehaltung des Namens Clara-Zetkin-Straße aus.

Die Kommission empfiehlt zu dem historischen Namen Dorotheenstraße zurückzukehren. Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten, verdankt Berlin die Dorotheenstadt. Sie entstand ab 1673 auf einem sumpfigen Ackergelände westlich des Lustgartens, das ihr der große Kurfürst als Hochzeitsgabe überlassen hatte.

Selbst niederländischer Herkunft, beauftragte Dorothea den niederländischen Ingenieur Blesendorf mit der großzügigen Planung von 200 Häusern in Anlehnung an die Erweiterung der Stadt Amsterdam und die dort gemachten Erfahrungen mit einem schwierigen Baugelände. Eine beispielgebende Pioniertat weit über Berlin hinaus!

Zur Erleichterung der Ansiedlung wurden zehn Freijahre, Bürgerrecht, freie Ansiedlung der Zünfte, Gilden und Gewerke, Freiheit von städtischen Abgaben mit Ausnahme der Akzise, Bauholzzuweisungen, religiöse Toleranz und für alle gerichtlichen Verfahren unmittelbares Appellationsrecht an den Landesherrn garantiert.

Seit dem Potsdamer Edikt ließen sich deshalb von Jahr zu Jahr mehr Refugies in der Dorotheenstadt nieder, in der 1687 die erste protestantische Kirche nach der Reformation - die Dorotheenstädtische - geweiht wurde.

Die Dorotheenstraße ist die Hauptachse dieses für die Baugeschichte Berlins geschichtlich bedeutenden Stadtteils aus dem 17. Jahrhundert; sie ist zugleich eine heute sehr wichtige Erinnerung an vorbildliche Weltaufgeschlossenheit und Toleranz Berlins in historischer Zeit.

Die Kommission empfiehlt, die Dimitroffstraße in Erzbergerstraße/ Hilferdingstraße umzubenennen.

Der gebürtige Bulgare Georgij Dimitroff verdankt seinen bis heute fortwirkenden Nimbus seinem kämpferischen Auftreten im Reichstagsbrandprozeß von 1933. Als Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (1934 - 1943) war er einer der engsten Mitarbeiter Stalins. Er war mit verantwortlich für den Terror gegenüber seinen Gegnern in der bulgarischen KP, die 1934 spurlos verschwanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte er als bulgarischer Ministerpräsident eine maßgebliche Rolle bei der Unterdrückung der Opposition und der Errichtung einer stalinistischen Parteidiktatur. So wenig wie bei anderen leitenden Funktionären der Komintern gibt es im Falle Dimitroffs einen posthumen Anspruch auf öffentliche Ehrung durch ein Gemeinwesen, das seine demokratischen Grundwerte ernst nimmt.

Entsprechend den in der Preamble dargelegten Grundsätzen empfiehlt die Kommission dem Bezirk Prenzlauer Berg, bei der Umbenennung der bisherigen Dimitroffstraße an die Ehrung von zwei Persönlichkeiten zu denken, deren Namen mit der Geschichte der ersten deutschen Demokratie eng verbunden sind: Matthias Erzberger und Rudolf Hilferding. Beide hatten in der Weimarer Republik das Amt des Finanzministers inne; beide waren engagierte Demokraten; beide wurden Opfer rechtsradikaler Gewalt. Nach dem Vorschlag der Kommission soll der Teil der Dimitroffstraße, der früher Danziger Straße hieß, nach Erzberger, der andere Teil, die ehemalige Elbinger Straße, nach Hilferding benannt werden.

Matthias Erzberger, geboren 1875 im württembergischen Buttenhausen, von Beruf Volksschullehrer, war einer der bekanntesten Politiker des Zentrums im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik. Während des Ersten Weltkriegs verfocht er zunächst umfangreiche deutsche Annexionen, dann aber einen Verständigungsfrieden. Den Haß der nationalistischen Rechten zog sich Erzberger als Kritiker des U-Boot-Krieges zu. Die Aggressionen wuchsen, als er, der im Oktober 1918 Staatssekretär der Regierung des Prinzen Max von Baden, am 11. November 1918 in Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnete. Als Reichsfinanzminister setzte Erzberger 1919/20 eine Reichsfinanzreform durch, die die großen Vermögen belastete und vor allem deshalb heiß umstritten war.

Auf die anhaltende Kampagne der Deutschnationalen antwortete Erzberger mit einem Beleidigungsprozeß gegen den früheren kaiserlichen Staatssekretär Helfferich. Das Verfahren wurde zu einem Paradebeispiel antrepublikanischer Gesinnungsjustiz. Erzberger, der im Verlauf des Prozesses von einem fanatischen Nationalisten durch Revolverschüsse erheblich verletzt wurde, trat im Gefolge des ihn belastenden, aber tendenziösen Urteils am 12. März 1920 von seinem Ministeramt zurück. Im Kampf um seine Rehabilitation gelang ihm der Nachweis, daß die Vorwürfe der Steuerhinterziehung und des Meineids nicht aufrechtzuerhalten waren. Im Juni 1920 wurde Erzberger wieder in den Reichstag gewählt.

Am 26. August 1921 erlag er bei Bad Griesbach im Schwarzwald einem zweiten Revolverattentat, ausgeführt von Angehörigen der rechtsradikalen "Organisation Consul". Der Anschlag galt nicht nur dem Demokraten Matthias Erzberger, sondern der ersten deutschen Republik insgesamt.

Rudolf Hilferding, 1877 - 1941, war ein bekannter sozialistischer Theoretiker (Hauptwerk: "Das Finanzkapital", 1910) und sozialdemokratischer Politiker der Weimarer Republik. Zweimal, 1923 und 1928/29, war er Reichsfinanzminister.

Hilferding, in Wien geboren und von Beruf Arzt, war seit 1919 deutscher Staatsbürger. Im Ersten Weltkrieg schloß er sich als Gegner der Bewilligung von Kriegskrediten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an. Innerhalb der USPD gehörte Hilferding zum gemäßigten rechten Flügel, der die Vereinigung mit der KPD und den Anschluß an die Kommunistische Internationale bekämpfte. Zusammen mit der Minderheit der USPD trat er im September 1922 wieder in die SPD ein. Von 1924 bis 1933 war er Herausgeber der theoretischen Zeitschrift "Die Gesellschaft". Bis zum Untergang der ersten deutschen Republik setzte sich Hilferding konsequent für die politische Zusammenarbeit der gemäßigten Kräfte in Arbeiterbewegung und Bürgertum ein.

Als Jude war Hilferding stets schärfsten Angriffen der nationalistischen Rechten, vor allem der Nationalsozialisten, ausgesetzt. Im März 1933 emigrierte der langjährige Reichstagsabgeordnete zuerst in die Schweiz. 1938 ging er nach Paris. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs fiel er in die Hände der Gestapo. Mitte Februar 1941 wurde er in seiner Zelle im Pariser Gefängnis La Santé erhängt aufgefunden. Ob er ermordet wurde oder in den Selbstmord getrieben wurde, ist bis heute unklar.

Die Kommission empfiehlt, die Hans-Beimler-Straße in Otto-Braun-Straße umzubenennen.

Hans Beimler, der 1936 im Spanischen Bürgerkrieg vor Madrid gefallene politische Kommissar im "Thälmann-Bataillon", bekleidete vor 1933 wichtige Funktionen in der KPD. 1932 wurde er politischer Sekretär des Bezirks Südbayern sowie bayerischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter seiner Partei. Im April 1933 wurde er von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, aus dem er im Mai 1933 fliehen konnte.

Die gelegentlich zu lesende Behauptung, Beimler sei 1936 nicht von einer Kugel der Faschisten getroffen worden, sondern von stalinistischen Geheimagenten umgebracht worden, gehört in den Bereich der Legende (vgl. dazu Hugh Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Berlin 1961, S. 269 f.; Gustav Regier, *Das Ohr des Malchus*, Köln 1960, S. 384 f.)

Der persönliche Mut Beimlers ist ebenso unbezweifelbar wie seine Loyalität gegenüber der Kommunistischen Internationale. Als leitender Funktionär der KPD war er mitverantwortlich für den kommunistischen Beitrag zur Zerstörung der ersten deutschen Demokratie.

Otto Braun, geboren 1872 in Königsberg, gelernter Buchdrucker, war von 1920 bis 1932 nahezu ununterbrochen preußischer Ministerpräsident und einer der populärsten Sozialdemokraten der Weimarer Republik. 1911 wurde er erstmals Mitglied des Parteivorstands der SPD. Seit 1913 gehörte er dem Preußischen Abgeordnetenhaus, seit 1919 auch der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und seit 1920 dem Deutschen Reichstag an. Von 1919 bis 1921 war er preußischer Landwirtschaftsminister.

Als Ministerpräsident trug Braun entscheidend dazu bei, daß das republikanische Preußen sich zu einer der stärksten Säulen der ersten deutschen Demokratie entwickelte. Am 20. Juli 1932 wurden Braun und sein Kabinett von der autoritären Präsidialregierung von Papen durch eine Reichsexekution des Amtes enthoben ("Preußenschlag").

Ende Oktober 1932 bestätigte ihn der Staatsgerichtshof nominell in seinem Amt als preußischer Ministerpräsident. Nach der Machtübertragung an Hitler emigrierte Braun im März 1933 in die Schweiz, wo er seine Memoiren ("Von Weimar zu Hitler", New York 1940) schrieb. Otto Braun starb am 12. Dezember 1955 in Locarno.

Die Kommission empfiehlt, das Kapelleufer in Treidelufer umzubenennen.

Die SED hat im kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime stets die konsequenteste und höchste Form des Antifaschismus gesehen. Das Geschichtsbild der SED hat auch in der Umbenennung von Straßen ihren Niederschlag gefunden. Nach dem Buchdrucker Heinz Kapelle, einem kommunistischen Widerstandskämpfer, der 1944 von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde, sind zwei Berliner Straßen benannt: außer dem Kapelle-Ufer die Heinz-Kapelle-Straße im Prenzlauer Berg. Im Falle des Kapelle-Ufers schlägt die Kommission eine Umbenennung, und zwar in Treidelufer vor.

Die Straße hieß bis 1871 Kanalstraße und wurde dann nach dem Prinzen Karl benannt. Das heute wüste Stadtgelände verträgt nur einen neutralen Namen. Die Bezeichnung Treidelweg setzt den Schiffbauerdamm fort und erinnert an den Schiffsverkehr auf der Spree im 18. Jahrhundert zwischen dem Schloß in Berlin und dem Schloß Charlottenburg.

Der bisherige Name Kapelle-Ufer ist im übrigen mißverständlich, denn es kann sich sowohl um eine Person als auch um den Hinweis auf den Standort eines Gotteshauses handeln.

Die Kommission empfiehlt, die Karl-Liebkecht-Straße von Unter-den-Linden bis Alexanderplatz in Schinkelallee umzubenennen.

Die unglücklich und nicht sinnvoll gestaltete Karl-Liebkecht-Straße wird geteilt in den Abschnitt von der Karl-Liebkecht-Brücke bis zum Alexanderplatz und vom Alexanderplatz bis zum Prenzlauer Tor. Der Abschnitt vom Alexanderplatz bis zum Prenzlauer Tor entspricht in etwa dem Verlauf der alten Prenzlauer Straße und behält auf diesem Teilstück den Namen Karl-Liebkecht-Straße.

Karl Liebkecht, geboren am 13.8.1871 in Leipzig, ermordet am 15.1.1919 in Berlin, gehörte zu den großen, aber auch umstrittensten Führern des radikalen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Der Kampf, den der promovierte Jurist gegen den preußischen Militarismus führte, brachte ihm 1907 einhalb Jahre Festungshaft ein. Im Reichstag, dem er seit 1912 als sozialdemokratischer Abgeordneter angehörte, stimmte er am 4. August 1914 mit seiner Fraktion für die Bewilligung der Kriegskredite. Im Dezember 1914 änderte er seine Position und stimmte als erster Abgeordneter gegen die Kriegskredite. Nach dem Bruch mit seiner Partei wurde Liebkecht am 1. Mai 1916 im Anschluß an eine nicht genehmigte Antikriegskundgebung auf dem Potsdamer Platz verhaftet und wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 23. Oktober 1918 gelangte er auf Grund einer Amnestie in Freiheit.

Liebkechts Kampf gegen einen Krieg, von dem er frühzeitig erkannte, daß er kein deutscher Verteidigungskrieg, sondern ein Krieg um nationale Machterweiterung war, verdient ehrendes Gedenken. Verhängnisvoll war jedoch die Rolle, die Liebkecht seit November 1918 spielte. Er bekannte sich zu der Revolution der russischen Bolschewiki, die im Januar 1918 die freigewählte Konstituante auseinandergejagt hatten. Im Unterschied zu Rosa Luxemburg hat er die Politik der Bolschewiki nie öffentlich kritisiert. Die von ihm geführte Spartakusgruppe betrieb eine Politik, die auf den Bürgerkrieg abzielte. Jeder Versuch, gegen den Willen der großen Mehrheit eine Diktatur des Proletariats zu errichten, mußte in ein Blutbad münden und die Gefahr einer alliierten Intervention, also des Wiederbeginns des Krieges, heraufbeschwören. Als Liebkecht am 5. Januar 1919 zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann aufrief, gab er das Signal zu einem putschistischen Abenteuer, dessen Ausgang nur die Niederlage der radikalen Kräfte der Berliner Arbeiterschaft sein konnte. Der Januaraufstand von 1919, häufig auch "Spartakusaufstand" genannt, richtete sich gegen die Abhaltung freier Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, die auf den 19. Januar 1919 festgesetzt waren, und damit gegen die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Zu den Opfern des Aufstands gehörte auch Karl Liebkecht, der am 15. Januar 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet wurde.

Die Abwägung von historischen Verdiensten und historischer Schuld Karl Liebkechts hat die Kommission zu dem Vorschlag veranlaßt, den Namen Karl-Liebkecht-Straße für einen Teil der Straße - vom Alexanderplatz bis zum Beginn der Prenzlauer Allee - beizubehalten, für den Teil von Unter den Linden bis zum Alexanderplatz aber eine Umbenennung vorzunehmen.

Karl Friedrich Schinkel ist nach allgemeiner Überzeugung der bedeutendste deutsche Architekt und Stadtplaner des 19. Jahrhunderts, eine der eindrucksvollsten Persönlichkeiten, die Preußen überhaupt hervorgebracht hat und daher unstrittig ein Mann, der eine Würdigung an zentraler Stelle verdient; mit einer Vorstadtstraße ist es bei ihm nicht getan.

Die Kommission empfiehlt, die Karl-Marx-Allee von Alexanderplatz bis Strausberger Platz in **Hegel-Allee** umzubenennen.

Im Hinblick darauf, daß es in Neukölln eine große Karl-Marx-Straße gibt, empfiehlt die Kommission eine teilweise Umbenennung der Karl-Marx-Allee. Der Teil, der baugeschichtlich eine Einheit bildet und das Gros der ehemaligen Stalinallee umfaßt soll, seinen Namen behalten. Der Abschnitt, der vom Alexanderplatz zum Strausberger Platz reicht, soll in Hegel-Allee umbenannt werden.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, geboren 1770 in Stuttgart, gestorben in Berlin 1831, ist eine der größten Gestalten der Philosophiegeschichte. Von 1818 bis zu seinem Tod war er Professor an der Berliner Universität. In dieser Zeit entstanden u.a. die "Grundlinien der Philosophie des Rechts" und die "Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte". Angesichts der Weltgeltung Hegels ist es erstaunlich, daß es in Berlin keine Straße gibt, die nach dem berühmtesten Professor der ältesten Universität benannt ist. Der eher unscheinbare Hegelplatz hinter der Humboldt-Universität (wo im übrigen kein Schild seinen Namen ausweist) wird der Bedeutung Hegels nicht gerecht.

Die Kommission empfiehlt, den Marx-Engels-Platz in **Schloßplatz** umzubenennen.

Der Marx-Engels-Platz entstand als überdimensionierter Platz aus drei Teilen:

- a) Schloßplatz
- b) Lustgarten und
- c) Standort des Schlosses.

Er sollte nach 1950 Mittelpunkt einer auf Demonstrationen beruhenden Öffentlichkeit werden und bei fließenden Demonstrationen Platz für 800 000 Menschen bieten. Städtebaulich ist eine Lösung an diesem Ort nie geschafft worden. Eine Aufgliederung des für die Stadt viel zu großen Raumes scheint dringend geboten.

Damit ergibt sich die Möglichkeit an den Standort des ehemaligen Schlosses zu erinnern, das einst der Mittelpunkt der Stadt gewesen ist und auf das sich das Zentrum Berlin konzentrierte. Zugleich erinnert die Wiedergewinnung des Namens Schloßplatz an die Ereignisse der Revolution von 1848.

Die Namen von Marx und Engels werden durch die Umbenennung nicht aus dem Stadtbild entfernt. Es gibt weiterhin (in Neukölln und Friedrichshain) zwei große Straßen, die nach Karl Marx, und in Pankow eine Straße, die nach Friedrich Engels benannt ist.

Die Kommission empfiehlt, die Mollstraße von der neuen Otto-Braun-Straße bis zum Platz der Vereinten Nationen in **Theodor-Wolf-Straße** umzubenennen.

Die Länge der Mollstraße steht in einem Mißverhältnis zur tatsächlichen Bedeutung des Uhrmachers Joseph Moll, eines Mitglieds des Bundes der Kommunisten, der 1849 als Teilnehmer des pfälzisch-badischen Aufstands fiel. Die Kommission empfiehlt daher eine teilweise Umbenennung.

Sie schlägt vor, die Mollstraße von der neuen Otto-Braun-Straße bis zum Platz der Vereinten Nationen in Theodor-Wolf-Straße umzubenennen.

Theodor Wolf gehört zu den größten Vertretern der liberalen Publizistik in Deutschland. 1868 als Sohn eines jüdischen Textilgroßhändlers in Berlin geboren, wurde Wolf 1894 Pariser Korrespondent des "Berliner Tageblatts", einer Zeitung des Verlagshauses Mosse.

1906 übernahm er die Chefredaktion des liberalen Blattes. Im Ersten Weltkrieg war Wolf einer der entschiedensten Kritiker eines "Siegfriedens", d.h. deutscher Annexionen, wie sie von der politischen Rechten gefordert wurden. 1918 beteiligte er sich an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei. In der Weimarer Republik verteidigte er beharrlich die Demokratie gegen die Angriffe ihrer Verächter. Mit dem gleichen Nachdruck trat er für eine dauerhafte Aussöhnung mit Frankreich ein.

1933, nach der Machtübertragung an Hitler, mußte Wolf emigrieren. Im Mai 1943 wurde er von der italienischen Besatzungsmacht in Nizza festgenommen und an die Gestapo ausgeliefert. Nach qualvollen Aufhalten in Gefängnissen und Konzentrationslagern starb Wolf am 23. September 1943 im Berliner Jüdischen Krankenhaus.

Die Kommission empfiehlt, die Niederkirchnerstraße in Am Preußischen Landtag umzubenennen.

Nach der von den Nationalsozialisten hingerichteten kommunistischen Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner ist bereits die Käthe-Niederkirchner-Straße in Prenzlauer Berg benannt. Die Kommission verweist auf das, was sie in der Präambel zur Überrepräsentanz des kommunistischen Widerstands in Straßennamen aus DDR-Zeiten angeführt hat, und schlägt die Umbenennung in "Am Preußischen Landtag" vor.

Dieser Name erinnert an Preußen und an die Tradition des Parlamentarismus in diesem einstigen deutschen Staat. Nach vielen Mühen und massiven Forderungen liberaler und demokratischer Kräfte - im Zusammenhang mit der ungelösten Verfassungsfrage - wurde 1847 der Vereinigte Landtag einberufen.

Er tagte, wie später zeitweilig auch das gewählte Haus der Abgeordneten, am Dönhoffplatz. 1899 bezogen die Parlamentarier das Gebäude des heutigen Berliner Abgeordnetenhauses.

Im preußischen Abgeordnetenhaus waren lange Zeit, nicht zuletzt in den Jahren des Verfassungskonflikts (1862 - 1866), liberale Kräfte vorherrschend, die sich aber nicht durchzusetzen vermochten. In der Zeit des besitzfreundlichen Dreiklassenwahlrechts (1849 - 1918) konnte die Demokratie nicht zur bestimmenden Kraft werden. Immerhin aber hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, die außerordentliche Machtfülle der preußischen Monarchie zu kritisieren und ihr entgegenzutreten. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang u.a. Rudolf Virchow, der als Abgeordneter lange Zeit einer der hartnäckigsten liberalen Widersacher Bismarcks war. Was die Zeit vor 1918 angeht, erinnert der Name "Am Preußischen Landtag" an jene Epoche, in der Preußen zwar ein undemokratischer Staat, aber gleichzeitig ein Rechtsstaat war.

In der Weimarer Republik gehörte der Preußische Landtag zu jenen Landesparlamenten, die am entschiedensten für die Festigung der jungen Demokratie eintraten. Im Dezember 1918 tagte hier der Erste Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der als Termin für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung den 19. Januar 1919 festlegte.

Die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, das im Zuge der Revolution von 1918/19 an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts trat, hat in Preußen einen demokratischen Neuanfang ermöglicht. Die demokratischen Parteien wirkten hier in einer Weise zusammen, die der parlamentarischen Demokratie des größten deutschen Einzelstaates zu einem höheren Maß an Stabilität verhalf, als es sie zwischen 1919 und 1932 auf der Ebene des Reiches gab. Der Name "Am Preußischen Landtag" soll auch an dieses republikanische Kapitel der preußischen Geschichte erinnern.

#### SCHLUSSBEMERKUNG

---

Die Kommission hat sich der Gesetzeslage und ihrem Auftrag entsprechend, auf Vorschläge zur Benennung von Straßen und Plätzen in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt Berlin beschränkt. Einige Mitglieder plädieren jedoch nachdrücklich dafür, die in der Preamble dargelegten Grundsätze in allen Bezirken, auch im Westen Berlins, bei der Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen zugrunde zu legen.

#### ANHANG

---

##### Zuständigkeit bei der Straßenbenennung

Die Be- und Umbenennung von Straßen im Zentralen Bereich ist übertragene Vorbehaltsaufgabe der Bezirke gem. Nr. 10 Abs. 3 rechte Spalte der Anlage zur Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (DVO-AZG) - vgl. Art. III Nr. 5 i.V.m. Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten für den Ausbau Berlins als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland vom 5. April 1993 (GVBl. S. 140, berichtigt S. 244) - und unterliegt damit der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe gem. § 8 Allgemeines Zuständigkeitsgesetz (AZG).

Die Be- bzw. Umbenennung kann durch die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe im Rahmen ihres Eintrittsrechts gegenüber dem Bezirksamt gem. § 8 Abs. 3 Buchst. c) AZG erfolgen.

## **BILANZ DER KOMMISSION**

---

### **1. Rückbenennung wird empfohlen:**

- 1.1 Bersarinplatz => Baitenplatz
- 1.2 Clara-Zetkin-Straße => Dorotheenstraße
- 1.3 Marx-Engels-Platz => Schloßplatz
- 1.4 Wilhelm-Pieck-Straße => Torstraße

### **2. Neubenennung wird empfohlen:**

- 2.1 Dimitroffstraße => Erzbergerstraße  
von Schönhauser Allee bis Greifswalder Straße
- 2.2 Dimitroffstraße => Hilferdingstraße  
von Greifswalder Straße bis Landsberger Allee
- 2.3 Hans-Beimler-Straße => Otto-Braun-Straße
- 2.4 Kapelleufer => Treidelufer
- 2.5 Karl-Liebknecht-Straße => Schinkelallee  
von Unter den Linden bis Alexanderplatz
- 2.6 Karl-Marx-Allee => Hegelallee  
von Alexanderplatz bis Strausberger Platz
- 2.7 Mollstraße => Theodor-Wolff-Straße  
von der neuen Otto-Braun-Straße bis Platz der Vereinten  
Nationen
- 2.8 Niederkirchnerstraße => Am Preußischen  
Landtag

### **3. Keine Rück-/ Umbenennung wird empfohlen:**

- 3.1 Almstadtstraße
- 3.2 Karl-Liebknecht-Straße  
von Alexanderplatz bis Mollstraße
- 3.3 Littenstraße
- 3.4 Karl-Marx-Allee  
von Strausberger Platz bis Frankfurter Tor
- 3.5 Max-Beer-Straße
- 3.6 Mollstraße  
von Prenzlauer Allee bis zur neuen Otto-Braun-Straße
- 3.7 Rosa-Luxemburg-Platz
- 3.8 Rosa-Luxemburg-Straße

## Vorankündigungen von Veranstaltungen des Aktiven Museums

Am Dienstag, den 26. April, 20.00 Uhr  
 im DOMizil, im Berliner Dom, Eingang Spreeseite, Portal 11  
 Gesprächsabend in Zusammenarbeit mit dem Kunstdienst der Evangelischen Kirche Berlin:  
**Käthe Kollwitz und die Neue Wache.**  
 Einführung: Dr. Heinz Hoffmann

Am Freitag, den 6. Mai, ab 11.30 Uhr werden wir im Bezirk Lichtenberg vier verschwundene  
**Gedenktafeln ersetzen.** Wir bitten alle, die dabei sein wollen, sich den Termin vorzumerken.  
 Einladungen mit genauer Angabe des Treffpunkts folgen Ende April.

Bitte der Geschäftsstelle an **Lehrerinnen und Lehrer** und an Personen, die in vergleichbaren  
 Institutionen arbeiten:

Wir würden gern mehr Einladungen zu unseren Veranstaltungen an evtl. Interessierte versenden,  
 als uns jetzt möglich ist. Weil wir aber die Portokosten des Einzelversands nicht bezahlen  
 könnten, bitten wir alle, die in einer Schule oder anderen größeren Institution arbeiten, für uns  
 die Verteilung zu übernehmen und an unsere Geschäftsstelle den unten folgenden Bogen  
 einzusenden. Wir werden dann jeweils ein Päckchen Einladungen an Sie schicken und bitten Sie,  
 es Ihren Kolleginnen und Kollegen in die Fächer zu legen. Da wir ja, wie Sie wissen, nicht so oft  
 Einladungen versenden, ist das hoffentlich keine allzu große Mühe. Wir erhoffen uns davon mehr  
 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei unseren Veranstaltungen und selbstverständlich auf die  
 Dauer mehr Mitglieder in unserem Verein. Leider haben wir die Erfahrung machen müssen, daß  
 ein Packen Einladungen an das Sekretariat einer Schule oder anderen Institution nicht an alle  
 verteilt wird, sondern irgendwo liegenbleibt. Bei der Überlastung der dort Beschäftigten ist das  
 verständlich. Deshalb suchen wir auf diesem Wege Verteiler, die für uns Einzeleinladungen  
 weitergeben.

.....  
 bitte abschneiden und senden an: Aktives Museum, Chausseestr. 8, 10115 Berlin

Ich bin bereit, Einladungen an meine Kolleginnen und Kollegen zu verteilen

Zahl der Einladungen, die an mich geschickt werden sollen:.....

Name:.....

Versandanschrift:.....  
 .....  
 .....

### Veranstaltungshinweise

9./10. April Seminar in Sachsenhausen "Widerstand". Ein Projekt von Berliner Studentinnen und Studenten mit Unterstützung von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Übernachtung im Bungalowdorf Lehnitz, Kosten DM 30,- Anmeldung bei: Andy, ASTA FU, Kommunikationsreferat, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin oder bei Anja, StuPa HUB, Öffentlichkeitsreferat, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

10. April bis 31. Mai, DI - SO 12 - 19 Uhr.

Ausstellung **Scheunenviertel** im Hofgebäude Rosenthaler Str. 38, am Hackeschen Markt.  
Veranstalter: Verein zur Vorbereitung einer Stiftung Scheunenviertel Berlin

10. April, 11.00 Uhr. Eröffnung der Ausstellung "Breslau - Auschwitz - Krakau - Bilder einer Polenfahrt (10. 4. - 7. 5.) im Heimatmuseum Tempelhof, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin, Öffnungszeiten der Ausstellung DI 14-19, FR 10-16, SA 13-18, SO 11-17 Uhr. Zur Eröffnung am 10. spricht Christoph von Marschall: "Polnische Wirtschaft im Aufwind". Veranstalter: Tempelhofer Kunst- und Kulturverein und Heimatmuseum.

10. April, 15.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung "Plakate und Zeichnungen von Köpenicker Schülern über die Köpenicker Blutwoche Juni 1933" in der Gedenkstätte Puchaenstr. 12, 12555 Berlin

Veranstalter: Bund der Antifaschisten Köpenick und Gedenkstätte

12. April, 15.00 Uhr Vortrag Prof. Dr. Gerhard Baader: Faschismus und Rassenhygiene. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14 Veranstalter: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung und Gedenkstätte

14. April, noch keine Uhrzeit angegeben, bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Oranienburg, Heinrich-Grüber-Platz) Douglas H. Jones, Leiter der Außenstelle der Botschaft der USA in Berlin: "Die amerikanische Wahrnehmung der rechtsradikalen Ausschreitungen in Deutschland"

14. April, 19.30 Film: "Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" von Bertolt Brecht. Regie: Peter Palitzsch.

in der Galerie Olga Benario, Westerstr. 5, 12047 Berlin-Neukölln,

15. 4. 19.30 Lesung zu Fotos aus der "Kriegsfibel" von Bertolt Brecht. Galerie Olga Benario, wie 14. 4.

Beide Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung der Galerie über Bertolt Brecht und das Berliner Ensemble, DI-SO 18 - 24 Uhr geöffnet. Die Ausstellung wird noch bis zum 16. 4. gezeigt.

24. April, 15.00 Uhr. Sigrid Wegner-Korfes liest aus "Weimar-Stalingrad-Berlin- aus dem Leben des deutschen Generals Otto Korfes". Puchanstr. 12, wie oben unter 10. 4.

7./8. Mai. Seminar in Sachsenhausen. "Klinkerwerk", wie oben unter 9./10. April.

10. Mai, 15.00 Uhr, Prof.Dr. Gerhart Hass: Die Blockade Leningrads, 50 Jahre danach. Gedenkstätte Deutscher Widerstand wie oben unter 12. 4.

11. Mai, 15.00 Uhr. Eröffnung der Ausstellung "Manfred Bofinger, Politische Plakate und Zeichnungen" Puchanstr. 12 wie oben unter 10. 4.

7. Juni, 15.00 Uhr Werkstattgespräch in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (s.o.) mit Dr. Werner Röhr. "Kollaboration mit den Achsenmächten im 2. Weltkrieg - Landesverrat oder patriotische Tat?" Veranstalter wie oben unter 20. 4.

11./12. Juni. Seminar in Sachsenhausen. "Täter" wie oben unter 7./8. April.

Werden Sie Mitglied im Verein Aktives Museum!

Zur Zeit geltende Höhe des Jahresbeitrags:

Vereinigungen:	DM 300,-
Vereinigungen, deren Beitrag vom Vorstand wegen geringer Einkünfte ermäßigt wurde:	DM 150,-
Einzelmitglieder:	DM 100,-
Rentner, Studenten, Arbeitslose etc:	DM 50,-

Schneiden Sie bitte hier ab und kleben Sie auf eine Postkarte an unsere Geschäftsstelle auf und streichen Sie Nichtzutreffendes:

Ich/wir beantrage(n) die Mitgliedschaft im Verein Aktives Museum  
Faschismus und Widerstand in Berlin

.....  
(Name)

.....  
(Anschrift)

.....  
Ich bestelle folgende Bücher des Aktiven Museums:

Thomas Flierl/Annette Leo/Regina Scheer/Martin Schönfeld/ Michael Zimmerman/ Gisela Wenzel: Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, DM 12,-

Martin Schönfeld: Gedenktafeln in Ost-Berlin. Orte der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus. DM 15,-

Martin Schönfeld: Gedenktafeln in West-Berlin. Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus, DM 15,-

Daniela Büchten und Anja Frey (Hrsg.): Im Irrgarten deutscher Geschichte. Die Neue Wache 1818 - 1993. DM 15,- Sonderpreis für Gedenkstätten und Gedenkstätten-Initiativen und Mitglieder ähnlicher Vereine DM 10,-